



Staatsanzeiger

für Rheinland-Pfalz

Amtliche Bekanntmachungen

MONTAG, DEN 26. MÄRZ 2018

STAATSANZEIGER

NR. 10 / SEITE 301

Hinweis

Am 9. April 2018 erscheint kein Staatsanzeiger.
Nächstes Ausgabedatum ist der 16. April 2018.

Die Redaktion

INHALT

Seite		Seite		Seite
	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau			
	Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Berufung der Beauftragten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Berufsbildungsausschüsse der Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz	301		
	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur			
	Anerkennung des Diözesankirchensteuerbeschlusses für das Haushaltsjahr (Kalenderjahr) 2018 für die Diözese Speyer (rheinland-pfälzischer Teil der Diözese Speyer)	302		
	Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an den Bund Freier evangelischer Gemeinden in			
	Deutschland für das Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz	302		
	Sonstige Veröffentlichungen			
	Auflösung des Fördervereins Lotte Lemke Haus e.V. (FLLH)	302		
	Auflösung des Vereins Natur und Tierrechte e.V.	302		
	Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 UVPG des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Instandsetzung der Stützwand entlang der B 417 bei Holzappel)	302		
	Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 UVPG des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Ausbau der L 298 / Ausbau der K 46 in der Ortsdurchfahrt Westernohe)	302		
	Haushaltssatzung des Bezirksverbands Pfalz für das Haushaltsjahr 2018	303		
	Bekanntmachung Jahresabschluss 2016 der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Speyer	304		
	Auflösung des Vereins Inclina e.V.	304		
	Bekanntmachung der oberen Jagdbehörde Vollzug des Landesjagdgesetzes Anpassung der Außengrenze des Muffelwildbewirtschaftungsbezirks Breithenthal	304		
	Auflösung des Vereins zur Förderung persönlicher- und sozialpsychologischer Forschung	304		
	Öffentliche Ausschreibungen	305		
	Stellenausschreibungen	305		
	Bekanntmachungen der Gerichte	318		

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

1305.

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Berufung der Beauftragten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Berufsbildungsausschüsse der Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz

Die Amtszeit der bei den Industrie- und Handelskammern gemäß § 77 des Berufsbildungsgesetzes gebildeten Berufsbildungsausschüsse läuft demnächst wie folgt ab:

Industrie- und Handelskammer Koblenz	31. Mai 2018
Industrie- und Handelskammer Trier	25. Juni 2018
Industrie- und Handelskammer Pfalz	19. Juli 2018
Industrie- und Handelskammer Rheinhessen	20. Juli 2018

Es ist daher erforderlich, die Neuberufung der Ausschussmitglieder vorzubereiten.

Die Mitglieder der Ausschüsse werden durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz berufen. Vorschlagsberechtigt für die jeweils sechs Beauftragten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Stellvertretungen sind die im Bezirk der Industrie- und Handelskammer bestehenden Gewerkschaften und selbstständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung.

Die vorschlagsberechtigten Organisationen werden hiermit aufgefordert, ihre Vorschläge zur Neuberufung der Beauftragten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren stellvertretenden Mitglieder für die Berufsbildungsausschüsse der Industrie- und Handelskammern bis zum

30. April 2018

beim

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz
Referat 8205
Stiftsstraße 9
55116 Mainz

einzureichen.

Die Vorschläge müssen enthalten:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum, Beruf, Arbeitsstätte und Anschrift der vorgeschlagenen Person.
2. Mitgliederzahl der vorschlagenden Organisation innerhalb des Bezirks der jeweiligen Industrie- und Handelskammer, wobei für die Zuordnung der Arbeitnehmer der Sitz der Betriebsstätte maßgeblich ist.

Vorschläge, die nach dem 30. April 2018 eingehen oder welche die vorstehenden Angaben nicht vollständig enthalten, können bei der Aufteilung der Sitze nicht berücksichtigt werden.

Mainz, den 19. März 2018

Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr, Landwirtschaft und
Weinbau
Im Auftrag
Simone N a u m a n n

Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

1306.

Anerkennung des Diözesankirchensteuerbeschlusses für das Haushaltsjahr (Kalenderjahr) 2018 für die Diözese Speyer (rheinland- pfälzischer Teil der Diözese Speyer)

I.

Der Diözesansteuerrat hat am 13. Dezember 2017 folgenden Diözesankirchensteuerbeschluss für die Diözese Speyer für das Haushaltsjahr (Kalenderjahr) 2018 erlassen:

§ 1

Kirchensteuer vom Einkommen

- a) Die Diözesankirchensteuer vom Einkommen beträgt 9 v. H. der Einkommensteuer (Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragsteuer) für das Haushaltsjahr (Kalenderjahr) 2018.
- b) In den Fällen der Pauschalierung der Einkommensteuer bzw. der Lohnsteuer gem. §§ 37a, 37b, 40, 40a Abs. 1, 2a und 3 und 40b EStG wird der Hebesatz auf 7 v.H. der Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer ermäßigt, wenn der Pauschalierende von der Vereinfachungsregelung nach Nummer 1 des gleich lautenden Erlasses der obersten Finanzbehörde der Bundesländer vom 8. August 2016 (BStBl Teil I Seite 773) Gebrauch macht.

§ 2

Besonderes Kirchgeld

Das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedenen Ehen oder Lebenspartnerschaften nach § 5 Abs. 1 Nr. 5 des Kirchensteuergesetzes von Rheinland-Pfalz wird nach folgender Tabelle erhoben:

Stufe	Bemessungs- grundlage: gem. § 2 Abs. 3 S. 3 KiStO EUR	Kirchgeld jährlich EUR
1	30.000 - 37.499	96
2	37.500 - 49.999	156
3	50.000 - 62.499	276
4	62.500 - 74.999	396
5	75.000 - 87.499	540
6	87.500 - 99.999	696
7	100.000 - 124.999	840
8	125.000 - 149.999	1.200
9	150.000 - 174.999	1.560
10	175.000 - 199.999	1.860
11	200.000 - 249.999	2.220
12	250.000 - 299.999	2.940
13	300.000 und mehr	3.600

§ 3

Kappung

Der Ortsordinarius kann auf Antrag des Kirchenmitglieds die festgesetzte Kirchensteuer ermäßigen, wenn sie ab dem Veranlagungszeitraum 2004 4 v. H. des zu versteuernden Einkommens übersteigt. Bei Änderung des staatlichen Einkommensteuertarifs kann der Ortsordinarius den Vomhundertsatz anpassen.

§ 4

Ortskirchensteuer nach Maßgabe der Grundsteuermessbeträge

- a) Die Kirchensteuerhebesätze für die Ortskirchensteuer nach Maßgabe der Grundsteuermessbeträge werden für den Gesamtbereich der Diözese Speyer einheitlich festgesetzt auf 10 v. H. (zehn vom Hundert) der Grundsteuermessbeträge auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen (Grundsteuer A) und das sonstige Grundvermögen (Grundsteuer B).
- b) Ortskirchensteuer nach Maßgabe der Grundsteuermessbeträge wird nur auf Beschluss des für die örtliche Kirchengemeinde zuständigen Verwaltungsrates erhoben.

§ 5

Schlussbestimmung

Die oben festgesetzten Kirchensteuern werden auch über den 31. Dezember 2018 weiter erhoben, falls zu dem genannten Termin neue Kirchensteuerhebesätze nicht beschlossen und staatlich anerkannt sind.

II.

Vorstehendem Kirchensteuerbeschluss stimme ich gem. § 9 Abs. 4 der Satzung für den Steuerrat in der Diözese Speyer zu und setze ihn einschließlich der Kirchensteuerhebesätze wie beschlossen fest.

Speyer, den 13. Dezember 2017

† Dr. Karl-Heinz Wiesemann
Bischof von Speyer

Der vorstehende Diözesankirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr (Kalenderjahr) 2018 für die Diözese Speyer (rheinland-pfälzischer Gebietsteil) vom 13. Dezember 2018 wird hiermit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 KiStG vom 24. Februar 1971 (GVBl. S. 59) anerkannt. Dies gilt nicht für die Bestimmung unter § 3.

Mainz, den 22. Februar 2018

Ministerium für Wissenschaft
Weiterbildung und Kultur
Rheinland-Pfalz
Im Auftrag
Helmut Burkhardt

Ministerium der Finanzen
Rheinland-Pfalz
Im Auftrag

Dr. Stefan Breinersdorfer

1307.

Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an den Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland für das Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz

Der Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur hat mit Urkunde vom 5. März 2018 dem Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz verliehen.

Mainz, den 9. März 2018

Ministerium für Wissenschaft,
Weiterbildung und Kultur
Im Auftrag
Helmut Burkhardt

Sonstige Veröffentlichungen

1308.

Auflösung des Fördervereins Lotte Lemke Haus e.V. (FLLH)

Der Förderverein Lotte Lemke Haus e.V. (FLLH), 55543 Bad Kreuznach, ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren: Wolfgang Eck, Schubertstraße 18, 55543 Bad Kreuznach; Achim Krüger, Roxheimer Straße 9, 55595 Mandel, anzumelden.

Bad Kreuznach, den 10. März 2018

Die Liquidatoren

1309.

Auflösung des Vereins Natur und Tierrechte e.V.

Der Verein Natur- und Tierrechte e.V. ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren: Fredi Hofmann, In der Weißerde 13, 67688 Rodenbach; Christine Becker-Hofmann, Lindenstraße 2, 66484 Battweiler, anzumelden.

Battweiler, den 15. März 2018

Die Liquidatoren

1310.

Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 UVPG des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Instandsetzung der Stützwand entlang der B 417 bei Holzappel)

Der Landesbetrieb Mobilität Diez (Straßenbaubehörde) mit Sitz in 65582 Diez beabsichtigt für die Bundesrepublik Deutschland die Instandsetzung der Stützwand entlang der B 417 bei Holzappel (BW 5613629).

Der Ausbau erstreckt sich von Netzknoten 5613009 nach Netzknoten 5613010, bei Station Mitte 1+399. Die Ausbaulänge beträgt ca. 37 m.

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1 i. V. m. § 9 Abs. 4 UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Diez, den 8. März 2018

Landesbetrieb Mobilität
Diez
Im Auftrag
Isabel Neeb

1311.

Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 UVPG des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Ausbau der L 298 / Ausbau der K 46 in der Ortsdurchfahrt Westernohe)

Der Landesbetrieb Mobilität Diez (Straßenbaubehörde) mit Sitz in 65582 Diez beabsichtigt für das Land Rheinland-Pfalz den Ausbau der L 298 und für den Westerwaldkreis den Ausbau der K 46 in der Ortsdurchfahrt Westernohe.

Der Ausbau erstreckt sich von Netzknoten 5314 161 nach Netzknoten 5414 281, von Station 3,130 bis Station 3,985 der L 298 und

von Netzknoten 5414 274 nach Netzknoten 5414 277, von Station 0,000 bis Station 0,098 der K 46. Die Ausbaulänge beträgt ca. 855 m der L 298 und 98 m der K 46.

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1 i. V. m. § 9 Abs. 4 UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Diez, den 8. März 2018

Landesbetrieb Mobilität
Diez
Im Auftrag
Isabel N e e b

1312.

Haushaltssatzung des Bezirksverbands Pfalz für das Haushaltsjahr 2018

Vom 12. März 2018

Der Bezirkstag hat aufgrund der §§ 6 und 14 der Bezirksordnung für den Bezirksverband Pfalz vom 13. Oktober 1994 (GVBl. S. 416) in Verbindung mit § 57 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 188) und §§ 78 ff der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153) am 15. Dezember 2017 folgende Haushaltssatzung beschlossen, die der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 18. Dezember 2017 gemäß § 97 GemO zur aufsichtsbehördlichen Überprüfung vorgelegt wurde. Nach der aufsichtsbehördlichen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 16. Februar 2018 Az. 174-BVP/HH2018/21a wird die Haushaltssatzung 2018 hiermit öffentlich bekannt gemacht:

§ 1

Ergebnis- und Finanzhaushalt

Festgesetzt werden

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	80.875.666,- EUR
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>83.455.676,- EUR</u>
der Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-) auf	- 2.580.010,- EUR

2. im Finanzhaushalt

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	2.367.502,- EUR
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	3.637.410,- EUR
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>7.098.925,- EUR</u>
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	- 3.461.515,- EUR
der Saldo der Ein- u. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	1.094.013,- EUR

§ 2

Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	0,- EUR
verzinste Kredite auf	<u>1.912.650,- EUR</u>
zusammen auf	1.912.650,- EUR

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird festgesetzt auf 6.250.000,- EUR.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in zukünftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf 2.467.510,- EUR.

§ 4

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird auf 7.000.000,- EUR festgesetzt.

§ 5

Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen

Die Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen mit Sonderrechnung werden festgesetzt auf

1. Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen
Eigenbetrieb Landwirtschaftliche Untersuchungs- u. Forschungsanstalt 0,- EUR
zusammen auf 0,- EUR
2. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung
Eigenbetrieb Landwirtschaftliche Untersuchungs- u. Forschungsanstalt 256.000,- EUR
zusammen auf 256.000,- EUR

3. Verpflichtungsermächtigungen

Eigenbetrieb Landwirtschaftliche Untersuchungs- u. Forschungsanstalt
darunter:
Verpflichtungsermächtigungen, für die in zukünftigen Haushalts-
jahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen
von
zusammen auf

0,- EUR

0,- EUR
0,- EUR

§ 6

Bezirksverbandsumlage

1. Gem. § 27 des Landesfinanzausgleichsgesetzes (LFAG) vom 30. November 99 (GVBl. S. 415) wird für die Bezirksverbandsumlage, die nach § 12 BezO von den Landkreisen und kreisfreien Städten der Pfalz zu erheben ist, im Haushaltsjahr 2018 ein Umlagesatz von **1,108 v. H.** der einzelnen Umlagegrundlagen festgesetzt.
2. Umlagegrundlagen sind gem. §§ 27, 25 LFAG die festgesetzte Schlüsselzuweisung A nach § 8 LFAG, die festgesetzte Schlüsselzuweisung B nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 LFAG, die Steuerkraftmesszahl nach § 13 LFAG,
3. Die Bezirksverbandsumlage ist mit je einem Viertel des Jahresbetrages bis zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November 2018 zu entrichten.

§ 7

Eigenkapital

Der Stand des Eigenkapitals zum Schlussbilanzstichtag 31. Dezember 2016 betrug 38.699.112,56 EUR.

Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2017 beträgt 35.047.052,56 EUR und zum 31. Dezember 2018 32.467.042,56 EUR.

§ 8

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO liegen vor, wenn im Einzelfall 50.000,- EUR überschritten sind.

§ 9

Wertgrenze für Investitionen

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 100.000,- EUR sind in der Investitionsübersicht einzeln darzustellen.

§ 10

Übertragung von Haushaltsermächtigungen

Die Zuständigkeit für den Beschluss über die Übertragung von Haushaltsermächtigungen auf das folgende Haushaltsjahr nach § 17 GemHVO wird auf den Bezirksausschuss übertragen.

§ 11

Zuständigkeit bei Kreditaufnahmen

Die Entscheidung über die Aufnahme der im Rahmen des Haushaltsvollzugs notwendigen Einzelkreditaufnahmen (insbesondere Festlegung der Kreditkonditionen etc.) obliegt der Verwaltung des Bezirksverbands Pfalz.

§ 12

Fremdfinanzierungsarten

Zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Erzielung von günstigen Konditionen wird die Verwaltung des Bezirksverbands Pfalz ermächtigt, von derivativen Finanzierungsinstrumenten (Caps, Swaps, Forwarddarlehen etc.) Gebrauch zu machen. Diese Ermächtigung bezieht sich auf alle notwendigen Kreditaufnahmen d. h. für Neuaufnahmen von Darlehen sowie von Umschuldungen und Prolongationen bestehender Darlehen. Dabei wird die Höhe der über diese Finanzierungsinstrumente getätigten Kreditaufnahmen auf ein Drittel des Gesamtbestandes an Kreditaufnahmen des Bezirksverbandes Pfalz begrenzt.

§ 13

Inkrafttreten

Die Haushaltssatzung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft

Kaiserslautern, den 12. März 2018

Bezirksverband Pfalz
Theo W i e d e r
Bezirkstagsvorsitzender

Nachrichtlich: Die Haushaltssatzung 2018 mitsamt dem Haushaltsplan 2018 liegen zur Einsichtnahme von Dienstag, den 27. März 2018 bis Freitag, den 6. April 2018 in der Zentralverwaltung des Bezirksverbands Pfalz, Bismarckstraße 17, 67655 Kaiserslautern, Zimmer 213, während der Dienststunden (Montag bis Donnerstag: jeweils von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag: von 9.00 bis 12.00 Uhr) öffentlich aus.

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen, wenn die Rechtsverletzung nicht innerhalb eines Jahres nach der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist (§ 14 BezO i. V. m. § 17 Abs. 6 LKO).

1313.

**Bekanntmachung
Jahresabschluss 2016 der
Landwirtschaftlichen Untersuchungs-
und Forschungsanstalt Speyer**

Der Bezirkstag des Bezirksverbands Pfalz hat in seiner Sitzung am 22. August 2017 in Kusel unter TOP 3 beschlossen, den Jahresabschluss 2016 der LUFA Speyer

mit einem Jahresfehlbetrag
in Höhe von - 258.833,74 EUR
und einer Bilanzsumme
von 11.018.700,98 EUR

festzustellen und einem Vortrag des Jahresfehlbetrags auf neue Rechnung zuzustimmen.

Hinweis: Der Jahresabschluss, der Lagebericht, der Bestätigungsvermerk sowie der Bestätigungsbericht liegen von Montag, dem 9. April 2018 bis einschließlich Freitag, dem 13. April 2018 bei der Zentralverwaltung des Bezirksverbands Pfalz, Bismarckstraße 17, 67655 Kaiserslautern, Zimmer Nr. 412, während der Dienststunden (Montag bis Donnerstag: 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Freitag: 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr) öffentlich aus.

Kaiserslautern, den 3. März 2018

Bezirksverband Pfalz
Theo W i e d e r
Vorsitzender des Bezirkstags

1314.

Auflösung des Vereins Inclinica e.V.

Inclinica e.V. - Verein zur Förderung von Gesundheitseinrichtungen Mittelrhein-Mosel-Hunsrück: Durch den Beschluss der Mitgliederversammlung vom 17. Januar 2018 wird der Verein zum 30. Juni 2018 aufgelöst. Gläubiger werden aufgefordert, sich bei diesem zu melden. Die Liquidatoren sind: Thorsten Junkermann, Ringstraße 129, 55543 Bad Kreuznach, und Werner Schmitt, Birkenstraße 8, 56283 Halsenbach.

Koblenz, den 13. März 2018

Die Liquidatoren

1315.

**Bekanntmachung der oberen Jagdbehörde
Vollzug des Landesjagdgesetzes
Anpassung der Außengrenze
des Muffelwildbewirtschaftungsbezirks
Breitenthal**

Die Allgemeinverfügung zur Anpassung der Außengrenze des Muffelwildbewirtschaftungsbezirks Breitenthal wird in der Pressemitteilung des Landkreises Birkenfeld hier Verbandsgemeinde Herrstein in der KW 13 veröffentlicht.

Neustadt, den 14. März 2018

Zentralstelle der Forstverwaltung
Im Auftrag
Hans Georg H o f m a n n

1316.

**Auflösung des Vereins
zur Förderung persönlichkeits-
und sozialpsychologischer Forschung**

Der Verein zur Förderung persönlichkeits- und sozialpsychologischer Forschung ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Liquidatorin: Heidrun Teubner-Berg, Buchenweg 11, 65396 Walluf, anzumelden.

Walluf, den 16. März 2018

Die Liquidatorin

Öffentliche Ausschreibungen

1317.

Öffentliche Ausschreibung:

Projekt:
Hunsrück Klinik kreuznacher diakonie,
2. BA der Generalsanierung, UBA 3

Bauherr:
Hunsrück Klinik kreuznacher diakonie,
Holzbacher Straße 1, 55469 Simmern

Planung + Bauleitung:
SKP Architekten, Wilhelmstraße 51,
64646 Heppenheim, Tel. 06252 6708-0,
E-Mail: info@skparchitekten.de

1. Tischlerarbeiten - Festeinbauten

Schutzgebühr: 20,- EUR
Arbeitszeilen / Hochschränke / ca. 35 lfm
Ausführung: 32. KW 2018 (Sockel) / 36. KW
Bewerbungsfrist: 3. April 2018

Nachprüfstelle VOB Teil A, § 31, Bezirksre-
gierung Koblenz, VOB-Stelle, Postfach 2 69,
56002 Koblenz.

Stellenausschreibungen

1318.

In der STAATSKANZLEI DES
LANDES RHEINLAND-PFALZ ist zum
nächstmöglichen Zeitpunkt in der
Abteilung 3 „Regierungsplanung“ im
Referat 231 „Bürgerbüro der
Landesregierung“ befristet bis zum
30. April 2019 eine Stelle als

Mitarbeiter / in

in Vollzeitbeschäftigung zu besetzen.

Das Bürgerbüro der Landesregierung ist eine Serviceeinrichtung für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes, die sich mit Anfragen und Petitionen an die Ministerpräsidentin oder die Landesregierung wenden. Zum Aufgabengebiet gehören die selbstständige Bearbeitung und Beantwortung von Anfragen und Petitionen aus unterschiedlichen Rechtsgebieten sowie der Entwurf von Antwortschreiben der Ministerpräsidentin zu landespolitischen Fragestellungen.

Wir suchen deshalb eine verantwortungsbewusste, durchsetzungsfähige und engagierte Persönlichkeit, die über ein großes Maß an Kommunikationsfähigkeit, gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen und die Fähigkeit, auch komplexe Sachverhalte zu erfassen, verfügt. Daneben bedarf es umfassender und gründlicher Kenntnisse des jeweiligen aktuellen Diskussionsstands zu landespolitischen Themen. Erforderlich sind außerdem eine hohe Belastbarkeit und die Bereitschaft, sich in die unterschiedlichsten Rechtsgebiete einzuarbeiten.

Wir bieten ein Entgelt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Entgeltgruppe 8. Nach einer entsprechenden Einarbeitung ist eine Einstufung in Entgeltgruppe 9 möglich.

Die Staatskanzlei ist eine familienorientierte Dienststelle. Gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten wir über unsere Selbstverpflichtung „Die Landesregierung – ein familienfreundlicher Arbeitgeber“.

Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aller Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die zu besetzende Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft werden, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden **bis spätestens 16. April 2018** erbeten an die

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Personalreferat

Postfach 38 80

55028 Mainz

personalreferat@stk.rlp.de

1319.

In der STAATSKANZLEI
RHEINLAND-PFALZ, Bereich Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit der
Landesregierung, ist zum 1. Oktober
2018 für ein Jahr die Stelle

einer Volontärin / eines Volontärs

zu besetzen.

Die Staatskanzlei unterstützt die Ministerpräsidentin bei ihrer Amtsführung und koordiniert die Tätigkeit der rheinland-pfälzischen Ministerien.

Während des einjährigen Volontariates erhalten Sie Einblicke in ein interessantes und abwechslungsreiches Arbeitsumfeld. Zu den wahrzunehmenden Aufgaben gehören insbesondere:

- das Verfassen von Pressemitteilungen,
- Recherchearbeiten,
- Erstellen von Printprodukten, wie Flyer und Broschüren,
- die Pflege des Internetauftritts und
- die Betreuung der Sozialen Medien.

An die Bewerber / -innen werden folgende fachliche Anforderungen gestellt:

- ein abgeschlossenes Universitätsstudium,
- gute sprachliche Ausdrucksfähigkeit,
- eine sehr gute Allgemeinbildung,
- gute EDV-Kenntnisse (Text- und Datenverarbeitung),
- Erfahrung im Umgang mit Sozialen Medien,

- Interesse an Fotografie und Bildbearbeitung sowie
- praktische Erfahrungen im journalistischen Bereich.

Persönliche Eigenschaften, die uns besonders wichtig sind:

- ein ausgeprägtes Interesse an den Aufgabenstellungen einer Landesregierung,
- besondere Belastbarkeit und die Bereitschaft zur kooperativen, engagierten Mitarbeit,
- Flexibilität und eine ausgeprägte Kommunikationsstärke sowie
- die Fähigkeit, sich schnell in komplexe Themen einzuarbeiten.

Neben einer außertariflichen Gesamtvergütung in Höhe von monatlich brutto 1650,- EUR ermöglichen wir Ihnen die Teilnahme an diversen Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Hospitation im Rahmen Ihres Volontariats bei einer politischen Institution in Berlin.

Die Staatskanzlei ist eine familienorientierte Dienststelle. Gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten wir über unsere Selbstverpflichtung „Die Landesregierung – ein familienfreundlicher Arbeitgeber“.

Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aller Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die zu besetzende Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft werden, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und Nachweisen Ihrer Qualifikationen senden Sie bitte **bis zum 13. April 2018** an die

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

- Personalreferat -

Postfach 38 80

55028 Mainz

oder

personalreferat@stk.rlp.de

Für allgemeine Fragen zu dieser Stellenausschreibung steht Ihnen Herr Neumann, Tel.: 06131 16-5719, gerne zur Verfügung.

1320.

Im MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der Abteilung 3 „Kommunales und Sport“ im Referat 334 „Kommunale Finanzen,

Kommunaler Entschuldungsfonds“ die Stelle

einer / eines

Sachbearbeiterin / Sachbearbeiters

in Vollzeit zu besetzen.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet.

Zu den wahrzunehmenden Aufgaben zählen insbesondere:

- Aufgaben der Rechtsaufsicht des Ministeriums auf dem Gebiet der kommunalen Finanzen
- Vollzug und Fortentwicklung des kommunalen Haushaltsrechts, einschließlich des kommunalen Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesens sowie Beobachtung der Haushaltslage der kommunalen Gebietskörperschaften
- Vollzug und Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs, insbesondere im Bereich der Schlüsselzuweisungen, der übrigen allgemeinen Finanzausweisungen und der kommunalen Umlagen sowie Mitwirkung bei der Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs im Haushaltsaufstellungsverfahren
- Vollzug des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz
- Mitarbeit bei der Wahrnehmung der Zuständigkeiten des Ministeriums im Bereich der kommunalen Steuereinnahmen
- Mitarbeit bei der Wahrnehmung der Zuständigkeiten des Referats beim Erlass von Rechts- und Verwaltungsvorschriften
- Mitarbeit bei der Beantwortung von Anfragen und Eingaben einschließlich der Bearbeitung von Parlaments- und Ministerratsangelegenheiten zu den vorstehenden Aufgaben

Die Stelle betrifft das gesamte Spektrum kommunaler Aufgabenerfüllung, soweit die kommunalen Finanzen berührt sind. Es handelt sich um ein verantwortungsvolles und vielfältiges Betätigungsfeld, bei dem wirtschaftliche Problemstellungen mit rechtlichen und verwaltungspraktischen Fragen zusammentreffen.

An Sie werden folgende fachliche Anforderungen gestellt:

- Erfahrungen auf dem Gebiet des Finanz- und Rechnungswesens sowie des Prüfungswesens in einer Kommunalverwaltung und Erfahrungen in weiteren kommunalen Aufgabenbereichen
- Erfahrungen im Umgang mit entsprechender kommunaler Software für das Finanz- und Rechnungswesen (einschließlich der Anlagenbuchhaltung)
- fundierte Kenntnisse im Gemeindehaushaltsrecht und im Finanzausgleichsrecht
- praktische Erfahrungen im Umgang mit politischen Gremien der kommunalen Ebene
- hohes Interesse sowohl an volkswirtschaftlichen als auch an betriebswirtschaftlichen Fragestellungen, nach Möglichkeit durch den Nachweis entsprechender Qualifikationen
- sicherer Umgang mit den MS Office-Anwendungen

- gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen

Darüber hinaus sind uns diese persönlichen Eigenschaften besonders wichtig:

- Fähigkeit zu konzeptionellem Denken und zur selbstständigen Arbeit
- Teamfähigkeit und Diskussionsbereitschaft
- Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit
- Motivation und Belastbarkeit

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte des dritten Einstiegsamtes der Fachrichtung „Verwaltung und Finanzen“ bis zur Besoldungsgruppe A 11 sowie vergleichbare Beschäftigte.

Das Ministerium unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Bei entsprechender Eignung werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **innerhalb von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung in elektronischer Form an

bewerbung@mdi.rlp.de

oder schriftlich an das

**Ministerium des Innern und für Sport
Personalreferat
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz**

1321.

Im rheinland-pfälzischen MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der Abteilung 9 „IT-Zentralstelle, Breitband“ im Referat 392 „Ressortübergreifende Informationssicherheit“ die Stelle

einer / eines

Sachbearbeiterin / Sachbearbeiters

in Vollzeit zu besetzen.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet.

Zu den wahrzunehmenden Aufgaben zählen insbesondere:

- Unterstützung bei der Konzeptionierung, Weiterentwicklung, Umsetzung und Steuerung des ressortübergreifenden Informationssicherheitsmanagement-

prozesses und der damit verbundenen Maßnahmen

- Erarbeitung und Implementierung von landesweiten Vorgaben zur Informationssicherheit in der Landesverwaltung auf Basis der einschlägigen BSI-Standards
- Initiierung bzw. Begleitung von ressortübergreifenden Projekten im Informationssicherheitsumfeld
- Mitarbeit in ressortübergreifenden Gremien zur Informationssicherheit
- Unterstützung bei der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, dem Bund sowie der kommunalen Ebene in Rheinland-Pfalz zu strategischen Fragen der Informationssicherheit
- Beratung der Ressorts zur ressortübergreifenden Informationssicherheit im Sinne einer zentralen Anlaufstelle in der Landesverwaltung

An Sie werden folgende fachliche Anforderungen gestellt:

- Bachelorabschluss oder Diplom (FH) der Fachrichtung Informatik oder eines vergleichbaren Studiengangs
- Berufserfahrungen im IT-Bereich mit dem Schwerpunkt Informationssicherheit, BSI Grundschutzanwendung in der öffentlichen Verwaltung sind von Vorteil
- Kenntnisse auf dem Gebiet der Informationssicherheit

Darüber hinaus sind uns diese persönlichen Eigenschaften besonders wichtig:

- Teamfähigkeit
- Fähigkeit zu strategischem Denken und konzeptionellem Arbeiten
- Überzeugungskraft und Durchsetzungsvermögen sowie
- Belastbarkeit

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte bis zur Besoldungsgruppe A 12, die die Zugangsvoraussetzungen für das dritte Einstiegsamt erfüllen, sowie vergleichbare Beschäftigte.

Die Eingruppierung erfolgt nach den tariflichen Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und den vorliegenden persönlichen Voraussetzungen und ist bis zur Entgeltgruppe 12 TV-L möglich. Die Übernahme in ein Beamtenverhältnis ist, soweit die Voraussetzungen hierfür vorliegen, nach entsprechender Bewährung möglich.

Das Ministerium unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Bei entsprechender Eignung werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **innerhalb von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung in elektronischer Form an

bewerbung@mdi.rlp.de

oder schriftlich an das

**Ministerium des Innern und für Sport
Personalreferat
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz**

1322.

Beim MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT ist im Referat 394 „E-Government, Kooperation mit EU, Bund, Ländern und Kommunen“ der Abteilung 9 „IT-Zentralstelle, Breitband“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Sachbearbeiterin / eines Sachbearbeiters

zu besetzen.

Zu den wahrzunehmenden Aufgaben zählen insbesondere:

- Konzeptionierung, Aufbau und Steuerung des rheinland-pfälzischen Verwaltungsportals nach Maßgabe des Online Zugangsgesetzes (OZG),
- Konzeptionierung, Weiterentwicklung, Umsetzung und Steuerung der landesweiten Contentmanagement-Strategie (CMS) und der damit verbundenen Maßnahmen,
- Konzeptionierung, Weiterentwicklung, Umsetzung und Steuerung der landesweiten Formularmanagement-Strategie (FMS) und der damit verbundenen Maßnahmen,
- Mitarbeit in ressort- und länderübergreifenden Gremien,
- Mitarbeit bei der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, dem Bund sowie der kommunalen Ebene in Rheinland-Pfalz zu strategischen Fragen des E-Government,
- Beratung der Ressorts zu Themen des E-Government und des OZG,
- Mitarbeit in der rheinland-pfälzischen Geschäftsstelle des IT-Planungsrats,
- Bewertung von E-Government-Themen im europäischen Kontext.

An Sie werden folgende fachliche Anforderungen gestellt:

- Bachelorabschluss oder Diplom (FH) der Fachrichtung Informatik oder eines vergleichbaren Studiengangs,
- Kenntnisse des Projektmanagements,
- Kenntnisse von Internettechnologien und -standards sowie von Portaltechnologien (HTML, XML, CSS, PHP, MySQL, WordPress ...),
- Kenntnisse von CMS-Technologien (vorrangig TYPO3) sowie FMS-Technologien,
- Kenntnisse verteilter Systeme und verteilter Anwendungen.

Darüber hinaus sind uns diese persönlichen Eigenschaften besonders wichtig:

- Teamfähigkeit,
- Fähigkeit zu strategischem Denken und konzeptionellem Arbeiten,
- Überzeugungskraft und Durchsetzungsvermögen sowie
- Belastbarkeit.

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte bis zur Besoldungsgruppe A 11, die die Zugangsvoraussetzungen für das dritte Einstiegsamt erfüllen sowie vergleichbar qualifizierte Beschäftigte.

Die Eingruppierung erfolgt nach den tariflichen Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und den vorliegenden persönlichen Voraussetzungen und ist bis zur Entgeltgruppe 11 TV-L möglich. Die Übernahme in ein Beamtenverhältnis ist, soweit die Voraussetzungen hierfür vorliegen, nach entsprechender Bewährung möglich.

Das Ministerium unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte **innerhalb von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung **unter Angabe der Kennziffer 09.18/9** in elektronischer Form an

bewerbung@mdi.rlp.de

oder schriftlich an das

**Ministerium des Innern und für Sport
Personalreferat
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz**

1323.

Beim MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT ist im Ministerbüro zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Bürosachbearbeiterin / eines Bürosachbearbeiters

zu besetzen.

Zu den wahrzunehmenden Aufgaben zählen insbesondere:

- Mitarbeit bei der Vorbereitung der Sitzungen des Ministerrates, des Innenausschusses und der Plenarsitzungen,
- Anforderung von Beiträgen aus den Fachabteilungen,

- Fristenkontrolle,
- termingerechte Zusammenstellung der Terminunterlagen,
- Führung von Sachakten,
- elektronische Verwaltung von Schriftgut und Akten des Ministerbüros; Wahrnehmung von Schnittstellenfunktionen zur Servicestelle „Schriftgutverwaltung“,
- sonstige Service- und Unterstützungstätigkeiten für das Parlaments- und Kabinettsreferat.

Die Bewerberin / Der Bewerber sollte über mehrjährige Berufserfahrung im Bereich der Büroorganisation verfügen. Eine einschlägige abgeschlossene Verwaltungsausbildung bzw. ein vergleichbarer Abschluss ist von Vorteil. Es wird eine selbstständige und eigenverantwortliche Arbeitsweise erwartet, die durch ein freundliches und verbindliches Auftreten geprägt ist. Ferner werden überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit, Motivation und Interesse an einer Arbeit im Team vorausgesetzt. Die Bereitschaft zu flexiblen Arbeitszeiten ist unabdingbar. Gute EDV-Kenntnisse in Microsoft-Office sind erforderlich.

Die Eingruppierung richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Eine Eingruppierung kann bis zur Entgeltgruppe 6 TV-L erfolgen.

Das Ministerium unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte **innerhalb von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung **unter Angabe der Kennziffer 10.18/MB** in elektronischer Form an

bewerbung@mdi.rlp.de

oder schriftlich an das

**Ministerium des Innern und für Sport
Personalreferat
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz**

1324.

Die STRUKTUR- UND GENEHMIGUNGSDIREKTION NORD (SGD Nord) ist eine Obere Landesbehörde in Rheinland-Pfalz mit einem vielseitigen Aufgabenspektrum. Sie vereint Gewerbeaufsicht, Wasser- und Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Raumordnung,

Landesplanung, Naturschutz und Bauwesen unter einem Dach.

In der Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Region Trier des Referates 41 - Raumordnung, Landesplanung - am Dienort TRIER ist zum 1. August 2018 die unbefristete Vollzeitstelle

einer Geomatikerin / eines Geomatikers

zu besetzen.

Die Planungsgemeinschaft Region Trier hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Aufgabe der Regionalplanung und erarbeitet Beiträge zur Regionalentwicklung in der Region Trier. Diese umfasst auf einer Fläche von fast 5000 km² mit gut einer halben Million Einwohnern das Gebiet der kreisfreien Stadt Trier sowie der Landkreise Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Vulkaneifel und des Eifelkreises Bitburg-Prüm.

Das Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) mit einer tarifgerechten Entgeltzahlung nach E 7 / E 8 TV-L.

Das Aufgabengebiet umfasst im Wesentlichen:

- Beschaffung, Überprüfung, Pflege, Verarbeitung und Verwaltung von Geodaten für Regionalplanung, Regionalentwicklung und Regionalstatistik sowie Verfahrensbeteiligungen unter Anwendung geographischer Informationssysteme (GIS)
- Aufnahme von raumbezogenen Daten aus analogen Quellen (Digitalisieren, Georeferenzieren)
- Bereitstellung von Geodaten in Netzwerken und Datenbanken
- Aufbereitung und Darstellung von Geodaten in Arbeitskarten, für den Sitzungsdienst, für Druckschriften und für die Öffentlichkeitsarbeit der Planungsgemeinschaft
- Weitergabe von Geodaten unter Beachtung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften nach den spezifischen Anforderungen autorisierter Drittanwender
- Mitarbeit in der fachbereichsübergreifenden AG GIS im Referat 41

Zur Wahrnehmung der Aufgaben sind insbesondere erforderlich:

- Abgeschlossene Berufsausbildung als Geomatiker / in, Kartograph / in oder vergleichbare Ausbildung
- Ausgeprägte GIS-Fähigkeiten in Desktop-GIS (einschl. Web-GIS) - Softwarepaketen
- Umfangreiche Kenntnisse in Geoprocessing
- Kenntnisse mathematischer und statistischer Analysen
- Fertigkeiten im Umgang mit Geodatendiensten
- Kenntnisse in der Datenkonvertierung von und nach gängigen GIS-Softwareprodukten
- Kenntnisse im Umgang mit Datenbanksystemen
- Kenntnisse in der Drucktechnik
- Sichere Beherrschung von MS-Office-Anwendungen
- Verständnis planungssystematischer Zusammenhänge

Neben den fachlichen Kenntnissen werden eine ausgeprägte Team- und Organisationsfähigkeit erwartet. Fortbildungsbereitschaft und Eigeninitiative werden vorausgesetzt, ebenso die Bereitschaft zur Mitarbeit an sonstigen Arbeiten im laufenden Betrieb der Geschäftsstelle im Bedarfsfall.

Grundkenntnisse in Raumordnung und Landesplanung sowie der Verwaltungsstrukturen in Rheinland-Pfalz sind von Vorteil.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes wird eine weitere Erhöhung des Frauenanteils angestrebt. Daher besteht ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Rahmenbedingungen und Maßnahmen.

Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aller Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Nähere Informationen über die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord sind im Internet unter <https://sgdnord.rlp.de> zu ersehen.

Bewerbungen mit den üblichen Bewerbungsunterlagen werden **bis spätestens 13. April 2018** erbeten an die

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord - Personalreferat (Referat 11) - (Kennziffer: 4/2018/TR-41) Stresemannstraße 3 - 5 56068 Koblenz

Eine Rückgabe der Bewerbungsunterlagen erfolgt nur, sofern der Bewerbung ein ausreichend frankierter Rückumschlag beiliegt. Ansonsten werden die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

1325.

Beim LANDESAMT FÜR FINANZEN ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein mit BesGr. A 15 LBesG bewerteter Dienstposten

einer Volljuristin / eines Volljuristen

als Dezernentin / Dezernent für das Dezernat Besoldung und Versorgung zu besetzen.

Aufgaben des Dezernates Besoldung und Versorgung, welches ca. 120 Mitarbeiter umfasst, sind im Wesentlichen die Festsetzung und Zahlbarmachung der Bezüge und Ruhegehälter an die Beamten und Versorgungsempfänger des Landes Rheinland-Pfalz auf Grundlage der maßgeblichen beamten-, besoldungs-

und versorgungsrechtlichen Vorschriften.

Der Dienstposten wird in der Regel zunächst probeweise übertragen.

Wir suchen eine besonders qualifizierte Persönlichkeit mit überdurchschnittlich abgeschlossenem zweiten juristischen Staatsexamen.

Wir erwarten

- überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft und Motivation
- ausgeprägte Abschluss- und Entscheidungsfähigkeit
- besonderes Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen
- hohe soziale Kompetenz, insbesondere ausgeprägtes Einfühlungsvermögen
- die Fähigkeit, Arbeitsabläufe kritisch zu analysieren und zu gestalten.

Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und Erfahrung in der Führung größerer Personaleinheiten sind wünschenswert.

Umsetzungs- und Versetzungsbewerber werden im Rahmen der dienstlichen Belange berücksichtigt.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Sie werden bei gleichwertiger Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten erlaubt grundsätzlich eine Reduzierung der Regelarbeitszeit in geringem Umfang. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten (insbesondere Anforderungen des Dienstpostens, gewünschte Gestaltung der Arbeitszeit) entsprochen werden kann.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aller Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Bei entsprechender Eignung werden schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetz berücksichtigt.

Das LfF unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der „Selbstverpflichtung zur Sicherung einer familienfreundlichen Personalpolitik“.

Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen senden Sie bitte **bis zum 13. April 2018** an das

**Landesamt für Finanzen
Personalreferat LfF 11a
Hoevelstraße 10
56073 Koblenz**

oder als .pdf Dokument per E-Mail an:

personalstelle@lff.fin-rlp.de

Für Rückfragen stehen Ihnen Frau Yvonne Conen, Tel. 0261 4933-37310, und Herr Ilja Schmidt, Tel. 0261 4933-37311, zur Verfügung.

Da die Bewerbungsunterlagen aus organisatorischen und aus Kostengründen nicht zurückgesandt werden, bitten wir von der Einsendung von Originalunterlagen abzusehen. Bewerbungsmappen sind nicht erforderlich. Wird eine Rücksendung der Bewerbungsmappe sowie der Bewerbungsunterlagen gewünscht, ist ein adressierter und ausreichend frankierter Rückumschlag beizulegen.

Nach Abschluss des Besetzungsverfahrens werden die eingesandten Bewerbungsunterlagen entsprechend den datenschutzrechtlichen Vorschriften vernichtet.

1326.

Im Bereich des LANDESAMTES FÜR FINANZEN sind zum nächsten Beförderungstermin

a) 2 Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 - Steuerinspektorin / Steuerinspektor

b) 1 Planstelle der Besoldungsgruppe A 9 + Z - Steuerinspektorin / Steuerinspektor mit Zulage

c) 1 Planstelle der Besoldungsgruppe A 12 - Steueramtsrätin / Steueramtsrat

zu besetzen.

Um diese Stellen können sich Beamtinnen und Beamte

- mit der Zugangsvoraussetzung zum 2. Einstiegsamt der BesGrn. A 8 (zu a) und A 9 (zu b),
- mit der Zugangsvoraussetzung zum 3. Einstiegsamt der BesGrn. A 11 (zu c)

des Landesamtes für Finanzen bewerben.

Die ausgeschriebenen Stellen sind grundsätzlich für Bedienstete in Teilzeitbeschäftigung geeignet.

Schwerbehinderte Menschen werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Das LfF unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der „Selbstverpflichtung zur Sicherung einer familienfreundlichen Personalpolitik“.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Im Falle einer Unterrepräsentanz werden Sie bei gleichwertiger Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind **bis zum Ablauf des 6. April 2018** auf dem Dienstweg an das

**Landesamt für Finanzen
- Personalreferat 11a -
Hoevelstraße 10
56073 Koblenz**

zu richten.

1327.

Beim LANDESUNTERSUCHUNGSAMT ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die unbefristete Vollzeitstelle

der Leiterin / des Leiters des Institutes für Lebensmittelchemie Trier (Referat 54)

in der Abteilung Lebensmittelchemie zu besetzen. Die Einstellung erfolgt je nach Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen im Beamten- oder Beschäftigtenverhältnis (Besoldungsgruppe A 15 oder vergleichbare Eingruppierung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder). Beförderungsmöglichkeiten sind bis A 16 grundsätzlich vorhanden. Dienstort ist Trier.

Aufgabenbereich:

Sie sind verantwortlich für die Leitung des Institutes für Lebensmittelchemie und die Leitung der gemeinsamen Verwaltung am Standort Trier mit zurzeit 61 Beschäftigten und somit zuständig für die Personalführung, fachliche Ausrichtung, Arbeitssicherheit und Prioritätensetzung. Des Weiteren gehören Organisation und Management der fachlichen Schwerpunktaufgaben im gesundheitlichen Verbraucherschutz, welche die analytische und lebensmittelrechtliche Beurteilung von z. B. Süßwaren, Fette und Ölen, Biotoxinen, Prozesskontaminanten, gentechnisch veränderten Lebensmitteln, Allergenen sowie Lebensmitteln für eine besondere Ernährung umfassen, zu Ihren Aufgaben. Darüber hinaus sind Sie für das örtliche Personal-, Haushalts- und Labormanagement (insbesondere Qualitätsmanagement) verantwortlich. Standortübergreifend vertreten und koordinieren Sie u. a. die Interessen und Belange des Instituts in übergeordneten organisatorischen und fachlichen Gremien.

Anforderungsprofil:

Sie haben ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Lebensmittelchemie sowie eine erfolgreich abgeschlossene Staatsprüfung zur staatlich geprüften Lebensmittelchemikerin bzw. zum staatlich geprüften Lebensmittelchemiker und verfügen über fundierte umfangreiche Führungserfahrungen sowie einschlägige Erfahrungen im Bereich der Labororganisation unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sowie im Qualitätsmanagement. Persönlich überzeugen Sie durch hohe Belastbarkeit, konzeptionelles und innovatives Denken, interdisziplinäre Arbeitsweise und Teamfähigkeit. Sehr gute Entscheidungs- und Problemlösungsfähigkeit sowie ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit (auch auf Englisch) werden vorausgesetzt. Berufserfahrungen in der freien Wirtschaft sowie Promotion sind von Vorteil.

Das Landesuntersuchungsamt fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen unabhängig von Geschlecht, einer

Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität. Bewerbungen von Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Das Landesuntersuchungsamt unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte vorzugsweise an

Online.Bewerbung@lua.rlp.de

oder postalisch **bis zum 20. April 2018** an das

**Landesuntersuchungsamt
Abteilung Zentrale Dienste
Personalmanagement und Ausbildung
Mainzer Straße 112
56068 Koblenz**

Bitte teilen Sie uns außerdem die Rufnummer mit, unter der Sie tagsüber erreichbar sind.

Bitte beachten Sie bei einer Online-Bewerbung: 1 PDF-Dokument bis zu einer maximalen Größe von 5 Megabyte.

Sofern Sie sich postalisch bewerben, weisen wir darauf hin, dass die Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesandt werden. Daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Bewerbungsunterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Abteilungsleiterin der Abteilung Zentrale Dienste, Frau Christel Bartusel, Tel. 0261 9149-120, oder Christel.Bartusel@lua.rlp.de, oder an den Präsidenten des Landesuntersuchungsamtes, Herrn Dr. Stefan Bent, Tel. 0261 9149-501, oder Stefan.Bent@lua.rlp.de.

Weitere Informationen über das Landesuntersuchungsamt finden Sie unter <http://www.lua.rlp.de>.

1328.

Sie sind Mitarbeiter in der Netzwerkbetreuung (m / w), engagiert und suchen eine neue Herausforderung mit Zukunftsperspektive?

Wir, der LANDESBETRIEB DATEN UND INFORMATION, als der zentrale IT-Dienstleister des Landes Rheinland-Pfalz, entwickeln und betreiben an den Standorten Mainz und Bad Ems effiziente Lösungen für Landes- sowie Kommunalverwaltungen und garantieren die professionelle Umsetzung der IT-Strategie des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sind im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung.

Sie verfügen über eine einschlägige Berufserfahrung.

Wir bieten: Ein vielfältiges, anspruchsvolles und verantwortungsvolles Aufgabengebiet - die Mitarbeit in einem aufgeschlossenen, kooperativen Team - persönliche und fachliche Weiterbildung - die Sicherheit des öffentlichen Dienstes - ein familienfreundliches Arbeitsumfeld.

Wir brauchen Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur qualifizierten Verstärkung unseres Standortes in Mainz als:

Mitarbeiter in der Netzwerkbetreuung (m / w)

Schwerpunkt Verzeichnis- und Netzdienste (Kennziffer AS 2018_09)

im Bereich B - Betrieb, Team B1 - rlp-Netz.

Ihre Aufgaben:

- Konzeption zur Nutzung von zentralen Mail-, DNS-, VZD-, Proxy-Lösungen im rlp-Netz auf IP-Basis im Zusammenhang mit den im rlp-Netz eingesetzten Kommunikationskomponenten
- Backupkonzepte
- Bewertung von Managementsystemen unter Berücksichtigung von VPN's und der aktiven und passiven Varianten des Management
- Erstellung von Konzepten zur Performanceüberwachung
- Korrespondenzen, Verhandlungen und Absprachen mit verantwortlichen internen und externen Auftraggebern, Projektleitern und Lieferanten / Partnern sowie Entwicklung und Präsentation der Kundenlösung
- Fachlich-technologische Beratung der Teamleitung
- Mitwirkung bei Konzeption und Betrieb der Abfrage- und Vermittlungstechnik

Fragen zum Aufgabengebiet beantwortet Ihnen Herr Depta (E-Mail: Andreas.Depta (at) ldi.rlp.de, Tel: 06131 605-259).

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine zuverlässige, belastbare, organisations- und kommunikationsstarke Persönlichkeit, die das breite Spektrum der auf dieser Stelle wahrzunehmenden Aufgaben beherrscht und setzen u. a. Folgendes voraus:

- Abgeschlossene, IT-einschlägige Hochschulausbildung (Bachelor- bzw. entsprechender Hochschulabschluss) oder abgeschlossene Berufsausbildung in einem IT-Beruf oder im Rahmen einer der ausgeschriebenen Tätigkeit entsprechenden Berufserfahrung erworbene entsprechende Fertigkeiten und Kenntnisse
- Entsprechende praktische und nachweisliche Berufserfahrung sowie Fertigkeiten und tiefgehende Kenntnisse auf dem jeweils aktuellen Stand der entsprechenden Technik / Software - u. a. in folgenden Bereichen: BlueCoat und Appliances
- Die Bereitschaft und Fähigkeit sich fortzubilden und sich selbstständig neue Themen zu erschließen
- Den Anforderungen der Stelle entsprechende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Erfüllung der Voraussetzungen und Bereitschaft zur erfolgreichen Teilnahme an einer

Sicherheitsüberprüfung nach dem LSÜG

- Die Bereitschaft zur Ableistung von Überstunden, die Teilnahme an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowie die Teilnahme an einer 7x24 Rufbereitschaft remote oder / und vor Ort
- Ziel- und lösungsorientierte, systematische sowie selbstständige Arbeitsweise, ebenso Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Eigeninitiative
- Einsatzfreude, Flexibilität und Engagement, Team-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit

Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich. Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) sind wir besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt. Die Stelle kann grundsätzlich mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Bitte reichen Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen **unter Angabe der o.a. Kennziffer** vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

personalstelle@ldi.rlp.de

ein, ansonsten schriftlich an den

**Landesbetrieb Daten und Information
Team Personal
Römerstraße 41
56130 Bad Ems**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 16. April 2018.**

1329.

Sie sind System- und Datenbankadministrator (m / w), engagiert und suchen eine neue Herausforderung mit Zukunftsperspektive?

Wir, der LANDESBETRIEB DATEN UND INFORMATION, als der zentrale IT-Dienstleister des Landes Rheinland-Pfalz, entwickeln und betreiben an den Standorten Mainz und Bad Ems effiziente Lösungen für Landes- sowie Kommunalverwaltungen und garantieren die professionelle Umsetzung der IT-Strategie des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sind im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung.

Sie verfügen über eine einschlägige Berufserfahrung.

Wir bieten: Ein vielfältiges, anspruchsvolles und verantwortungsvolles Aufgabengebiet - die Mitarbeit in einem aufgeschlossenen, kooperativen Team - persönliche und fachliche Weiterbildung - die Sicherheit des öffentlichen Dienstes - ein familienfreundliches Arbeitsumfeld.

Wir brauchen Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur qualifizierten Verstärkung unseres Standortes in Mainz als:

System- und Datenbankadministrator (m / w)

Schwerpunkt MS-Windows, MS-SQL (Kennziffer AS 2018_11)

im Bereich B - Betrieb, Team B4 - Polizei-Systeme - befristet zunächst bis zum 31. Dezember 2020.

Ihre Aufgaben:

- Konzeption und Sicherstellung des Betriebs von Server-Systemen und Betriebssystemen auf Basis MS-Windows
- Konzeption, technischer Aufbau und Betreuung sowie Betrieb von Datenbanken auf Basis MS-SQL
- Leitung und Durchführung von Kundenprojekten im polizeilichen Umfeld

Fragen zum Aufgabengebiet beantwortet Ihnen Herr Wolfgang Gottstein (E-Mail: wolfgang.gottstein@ldi.rlp.de, Tel: 06131 605-113).

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine zuverlässige, belastbare, organisations- und kommunikationsstarke Persönlichkeit, die das breite Spektrum der auf dieser Stelle wahrzunehmenden Aufgaben beherrscht und setzen u. a. Folgendes voraus:

- Abgeschlossene, IT-einschlägige Hochschulausbildung (Bachelor- bzw. entsprechender Hochschulabschluss) oder abgeschlossene Berufsausbildung in einem IT-Beruf oder im Rahmen einer der ausgeschriebenen Tätigkeit entsprechenden Berufserfahrung erworbene entsprechende Fertigkeiten und Kenntnisse
- Entsprechende praktische und nachweisliche Berufserfahrung sowie Fertigkeiten und tiefgehende Kenntnisse auf dem jeweils aktuellen Stand der entsprechenden Technik / Software - u. a. in folgenden Bereichen: Installation, Betrieb und Betreuung von Serversystemen auf der Basis der Betriebssysteme im Umfeld MS-Windows und den diesem Umfeld zuzuordnenden Themen MS Active Directory, MS Systemcenter Produkte wie Systemcenter Operations Manager und Virtual Machine Manager, Trend Micro Antivirus Infrastruktursysteme, WSUS, HyperV Clustersysteme; Betreuung und Administration von Datenbanksystemen auf Basis MS-SQL; vertiefte Kenntnisse in der Administration und Betrieb von WEB-Servern und WEB-Anwendungen; Grundkenntnisse von Netzwerktechnologien (TCP/IP, LAN, WAN), Internettechnologien, Systemmanagement, Systemautomatisierung,

- Datensicherungssysteme;
Fachkenntnisse in IT-Sicherheit u.a.
nach BSI, Skript- und
Programmiersprachen
- Bereitschaft zur Übernahme von Teilprojektleitungen
 - Die Bereitschaft und Fähigkeit sich fortzubilden und sich selbstständig neue Themen zu erschließen
 - Den Anforderungen der Stelle entsprechende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
 - Erfüllung der Voraussetzungen und Bereitschaft zur erfolgreichen Teilnahme an einer Sicherheitsüberprüfung nach dem LSÜG
 - Die Bereitschaft zur Ableistung von Überstunden, die Teilnahme an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowie die Teilnahme an einer 7x24 Rufbereitschaft remote oder / und vor Ort
 - Ziel- und lösungsorientierte, systematische sowie selbstständige Arbeitsweise, ebenso Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Eigeninitiative
 - Einsatzfreude, Flexibilität und Engagement, Team-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit

Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich. Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) sind wir besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt. Die Stelle kann grundsätzlich mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Bitte reichen Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen **unter Angabe der o. a. Kennziffer** vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

personalstelle@ldi.rlp.de

ein, ansonsten schriftlich an den

**Landesbetrieb Daten und Information
Team Personal
Römerstraße 41
56130 Bad Ems**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 18. April 2018**.

1330.

Sie sind System- und Datenbankadministrator (m / w), engagiert und suchen eine neue Herausforderung mit Zukunftsperspektive?

Wir, der LANDESBETRIEB DATEN UND INFORMATION, als der zentrale IT-Dienstleister des Landes Rheinland-Pfalz, entwickeln und betreiben an den Standorten Mainz und Bad Ems effiziente Lösungen für Landes- sowie Kommunalverwaltungen und garantieren die professionelle Umsetzung der IT-Strategie des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sind im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung. Sie verfügen über eine einschlägige Berufserfahrung.

Wir bieten: Ein vielfältiges, anspruchsvolles und verantwortungsvolles Aufgabengebiet - die Mitarbeit in einem aufgeschlossenen, kooperativen Team - persönliche und fachliche Weiterbildung - die Sicherheit des öffentlichen Dienstes - ein familienfreundliches Arbeitsumfeld.

Wir brauchen Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur qualifizierten Verstärkung unseres Standortes in Mainz als:

**System- und Datenbankadministrator
(m / w)
Schwerpunkt Active Directory
und Exchange
(Kennziffer AS 2018_14)**

im Bereich B - Betrieb, Team B7 - Servercenter.

Ihre Aufgaben:

- Allgemeine technische Administration von MS Server Betriebssystemen nach BSI-Grundschutz in Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitsumgebungen
- Betreuung der technischen Infrastruktur mit der entsprechenden Systemsoftware sowie Einrichtung, Installation und laufende Optimierung der Systemumgebungen
- Hardwaredesign der Kundensysteme entsprechend den Kundenanforderungen sowie Anwendung und Konfiguration von MS Serverprodukten
- Anwendungsbetreuung und Anwendersupport
- Administration von Microsoft basierten Serversystemen ab 2012 R2, insb. MS Exchange 2010 / 2013 und 2016
- Administration einer komplexen Windows 2012 R2 Domäne
- Geübter Umgang mit Programmierung in Powershell
- Mitarbeit bei der Erstellung von Betriebshandbüchern und -konzepten
- Mitarbeit in Kundenprojekten

Fragen zum Aufgabengebiet beantwortet Ihnen Herr Maus (E-Mail: Andreas.Maus@ldi.rlp.de, Tel: 06131 605-280).

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine zuverlässige, belastbare, organisations- und kommunikationsstarke Persönlichkeit, die das breite Spektrum der auf dieser Stelle wahrzunehmenden Aufgaben sicher beherrscht und setzen u. a. Folgendes voraus:

- Abgeschlossene, einschlägige Hochschulausbildung (Bachelor- bzw. entsprechender Hochschulabschluss)

oder abgeschlossene Berufsausbildung in einem IT-Beruf oder im Rahmen einer der ausgeschriebenen Tätigkeit entsprechenden Berufserfahrung erworbene entsprechende Fähigkeiten und Kenntnisse

- Entsprechende praktische und nachweisliche Berufserfahrung sowie Fertigkeiten und tiefgehende Kenntnisse in dem die Stelle betreffenden Bereich sowie auf dem jeweils aktuellen Stand der entsprechenden Technik / Software - besonders in folgenden Bereichen:
 - Sehr gute Kenntnisse in der Betreuung und Administration von MS Server Systemen (Versionen 2012 R2 und 2016 ff.) unter Beachtung von BSI-Grundschutz
 - Sehr gute Kenntnisse in MS Active Directory (ab 2012 R2)
 - Sehr gute Kenntnisse in MS Exchange 2010 / 2013 und 2016 in Hochverfügbarkeitsumgebungen
 - Sehr gute Kenntnisse im Umgang mit Powershell
 - Gute Kenntnisse in Netzwerktechnologien (TCP/IP, IPv4/IPv6, LAN, WAN), Internettechnologien, Systemmanagement, Datensicherungssysteme, Disaster Recovery Methoden
- Die Bereitschaft und Fähigkeit sich fortzubilden und sich selbstständig neue Themen zu erschließen
- Den Anforderungen der Stelle entsprechende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Erfüllung der Voraussetzungen und Bereitschaft zur erfolgreichen Teilnahme an einer Sicherheitsüberprüfung nach dem LSÜG
- Die Bereitschaft zur Ableistung von Überstunden, die Teilnahme an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowie die Teilnahme an einer 7x24 Rufbereitschaft remote oder / und vor Ort
- Ziel- und lösungsorientierte, systematische sowie selbstständige Arbeitsweise, ebenso Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Eigeninitiative
- Einsatzfreude, Flexibilität und Engagement, Team-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit

Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 10 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich. Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) sind wir besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt. Die Stelle kann grundsätzlich mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Bitte reichen Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen **unter Angabe der o. a. Kennziffer** vorzugsweise

elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

personalstelle@ldi.rlp.de

ein, ansonsten schriftlich an den

**Landesbetrieb Daten und Information
Team Personal
Römerstraße 41
56130 Bad Ems**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 10. April 2018**.

1331.

Sie sind System- und Datenbankadministrator (m / w), engagiert und suchen eine neue Herausforderung mit Zukunftsperspektive?

Wir, der LANDESBETRIEB DATEN UND INFORMATION, als der zentrale IT-Dienstleister des Landes Rheinland-Pfalz, entwickeln und betreiben an den Standorten Mainz und Bad Ems effiziente Lösungen für Landes- sowie Kommunalverwaltungen und garantieren die professionelle Umsetzung der IT-Strategie des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sind im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung.

Sie verfügen über eine einschlägige Berufserfahrung.

Wir bieten: Ein vielfältiges, anspruchsvolles und verantwortungsvolles Aufgabengebiet - die Mitarbeit in einem aufgeschlossenen, kooperativen Team - persönliche und fachliche Weiterbildung - die Sicherheit des öffentlichen Dienstes - ein familienfreundliches Arbeitsumfeld.

Wir brauchen Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur qualifizierten Verstärkung unseres Standortes in Mainz als:

**System- und Datenbankadministrator
(m / w)
Schwerpunkt Anwendungs- und
Datenbankbetrieb
(Kennziffer AS 2018_15)**

im Bereich B - Betrieb, Team B7 - Servercenter

Ihre Aufgaben:

- Technische Administration von Server-Systemen und Betriebssystemen
- Betreuung der notwendigen technischen Infrastruktur mit der entsprechenden Systemsoftware sowie Einrichtung, Installation und Optimierung der Systemumgebungen
- Technischer Aufbau und Betreuung sowie Betrieb von Datenbanken mit der entsprechenden Datenbanksoftware
- Hardwaredesign der Kundensysteme entsprechend den Kundenanforderungen sowie Anwendung und Konfiguration von Serverprodukten sowie Webservices

- Anwendungsbetreuung und Anwender-Support
- Unterstützung bei der Konzeption und Umsetzung der technischen Anforderungen an Serversysteme und Datenbanken
- Administration von Windows Serversystemen, der eingesetzten Datenbanken, z. Zt. SQL 2012 / 2014 und 2016 in Singleserver oder Clusterbetrieb
- Programmierung in Powershell / Erstellung von Scripten
- Grundkenntnisse über den Betrieb von MDM Technologien, sowie Zertifikatshandling
- Mitarbeit bei der Erstellung von Betriebshandbüchern und -konzepten
- Mitarbeit in Kundenprojekten sowie Teilprojektleitungen.

Fragen zum Aufgabengebiet beantwortet Ihnen Herr Maus (E-Mail: Andreas.Maus (at) ldi.rlp.de, Tel: 06131 605-280).

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine zuverlässige, belastbare, organisations- und kommunikationsstarke Persönlichkeit, die das breite Spektrum der auf dieser Stelle wahrzunehmenden Aufgaben beherrscht und setzen u. a. Folgendes voraus:

- Abgeschlossene, IT-einschlägige Hochschulausbildung (Bachelor- bzw. entsprechender Hochschulabschluss) oder abgeschlossene Berufsausbildung in einem IT-Beruf oder im Rahmen einer der ausgeschriebenen Tätigkeit entsprechenden Berufserfahrung erworbene entsprechende Fertigkeiten und Kenntnisse
- Praktische Erfahrungen in der Betreuung und Administration von MS Windows Betriebssystemen ab 2012R2, Webservern und Datenbankmanagementsystemen
- Grundkenntnisse im Bereich Netzwerktechnologien (TCP/IP, LAN, WAN), Internettechnologien, Systemmanagement, Datensicherungssysteme
- Die Bereitschaft und Fähigkeit sich fortzubilden und sich selbstständig neue Themen zu erschließen
- Den Anforderungen der Stelle entsprechende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Erfüllung der Voraussetzungen und Bereitschaft zur erfolgreichen Teilnahme an einer Sicherheitsüberprüfung nach dem LSÜG
- Die Bereitschaft zur Ableistung von Überstunden, die Teilnahme an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowie die Teilnahme an einer 7x24 Rufbereitschaft remote oder / und vor Ort
- Ziel- und lösungsorientierte, systematische sowie selbstständige Arbeitsweise, ebenso Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Eigeninitiative
- Einsatzfreude, Flexibilität und Engagement, Team-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit

Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 10 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich. Im Rahmen der

Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) sind wir besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt. Die Stelle kann grundsätzlich mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Bitte reichen Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen **unter Angabe der o. a. Kennziffer** vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

personalstelle@ldi.rlp.de

ein, ansonsten schriftlich an den

**Landesbetrieb Daten und Information
Team Personal
Römerstraße 41
56130 Bad Ems**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 12. April 2018**.

1332.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM WESTPFALZ ist schnellstmöglich folgende Funktion neu zu besetzen:

**Leiterin / Leiter des K 15
(Bandenkriminalität) bei der
Kriminaldirektion Kaiserslautern.**

Aufgabenbeschreibung:
im Hinblick auf die den Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Führung des Kriminalkommissariats, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter

Eigenständige Sachbearbeitung in Relation zu der Anzahl der zu führenden Mitarbeiter

Organisation, Koordination und Kontrolle der Ermittlungsaufträge / Vorgänge

Lageanalyse, Planung und verantwortliche Umsetzung von Konzepten zur Bekämpfung von Kriminalitätsbrennpunkten

Leitung von kommissariatsinternen Einsätzen oder sonstiger Einsätze auf Weisung

Bearbeitung von Ermittlungsverfahren der organisierten Bandenkriminalität, insbesondere in Zusammenhang mit Eigentums- und Vermögensdelikten

Bedarfsorientierte anlassbezogene Informationsgewinnung, -bewertung und -steuerung und Auswertung.

Bande im Sinne der Vorschrift ist eine kriminelle Gruppe, die systematisch im Bereich der Eigentums- und / oder Vermögensdelikte tätig ist und in der Regel überregional agiert.

Anforderungsprofil:
im Hinblick auf die den
Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Abschluss des Studiums an der
Hochschule der Polizei, mit
Führungsausbildung oder
Abschluss des Studiums an der
Hochschule der Polizei und Teilnahme
an der für die Funktion vorgesehenen
Führungsfortbildung (vor oder nach
Entscheidung über die Stellenvergabe)
oder
Abschluss der Aufstiegsausbildung für
das 3. Einstiegsamt und Teilnahme an
der für die Funktion vorgesehenen
Führungsfortbildung (vor oder nach
Entscheidung über die Stellenvergabe)

Vierjährige Verwendung im gehobenen
Kriminaldienst, Erfahrungen in der
kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und
Denk- und Urteilsvermögen,
Einfallsreichtum und Initiative,
Selbstständigkeit und Entschlusskraft,
Verantwortungsbewusstsein und
-bereitschaft, Organisationsfähigkeit
und Flexibilität, Kooperation und
Teamarbeit, Verhandlungsgeschick

Fähigkeit zur leitbildorientierten
Mitarbeiterführung

Bereitschaft, die im Rahmen der
Vereinbarkeit von Beruf und Familie
und des Gender Mainstreamings
angestrebten Ziele umzusetzen.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen
Frauenförderprogramms besteht an
Bewerbungen von Frauen besonderes
Interesse. Aufgrund bestehender
Unterrepräsentanz in
Führungspositionen werden sie bei
gleicher Eignung und Befähigung
bevorzugt berücksichtigt.

Das Polizeipräsidium Westpfalz
unterstützt die Vereinbarkeit von
Familie und Beruf durch flexible
Arbeitsgestaltung im Rahmen der
dienstlichen Möglichkeiten.

Erfahrungen, Kenntnisse und
Fertigkeiten, die durch Familienarbeit
oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben
wurden, werden bei der Beurteilung der
Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1
des Landesgleichstellungsgesetzes
berücksichtigt.

Die ausgeschriebene Stelle ist
grundsätzlich teilzeitgeeignet. Gehen
entsprechende Bewerbungen ein, wird
geprüft, ob den Teilzeitwünschen im
Rahmen der stellenspezifischen
Anforderungen entsprochen werden
kann.

Schwerbehinderte werden bei
entsprechender Eignung und
Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind ab Besoldungsgruppe
A 12 möglich.

Bewerbungen von
Kriminalbeamtinnen /
Kriminalbeamten werden **innerhalb von
zwei Wochen nach Erscheinen** der
Stellenausschreibung an

**Polizeipräsidium Westpfalz
PV 3
Logenstraße 5
67655 Kaiserslautern**

erbeten.

1333.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM
WESTPFALZ ist schnellstmöglich
folgende Funktion neu zu besetzen:

Leiterin / Leiter des K 17 (Kriminaltechnik) bei der Kriminaldirektion Kaiserslautern.

Aufgabenbeschreibung:
im Hinblick auf die den
Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Führung des Kriminalkommissariats,
Dienst- und Fachaufsicht über die
nachgeordneten Mitarbeiter

Eigenständige Sachbearbeitung in
Relation zu der Anzahl der zu
führenden Mitarbeiter

Vorselektion von Spurenmaterial im
Rahmen der gleichnamigen Richtlinie
durch Organisation, Koordination und
Kontrolle der Erhebungs- und
Untersuchungsaufträge

Organisation, Koordination und
Kontrolle der Ermittlungsaufträge /
Vorgänge

Planung und verantwortliche
Umsetzung des Qualitätsmanagements
und damit einhergehender Konzepte im
Bereich Kriminaltechnik und
Erkennungsdienst, insbesondere der
Gewährleistung der Arbeitssicherheit in
daktyloskopischen Laboratorien.

Zentrale Service- und
Qualitätssicherung in
kriminaltechnischen und
erkennungsdienstlichen
Grundsatzfragen.

Organisation und Durchführung von
Fortbildungsveranstaltungen

Leitung von kommissariatsinternen
Einsätzen oder sonstiger Einsätze auf
Weisung

Anforderungsprofil:
im Hinblick auf die den
Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Abschluss des Studiums an der
Hochschule der Polizei, mit
Führungsausbildung oder
Abschluss des Studiums an der
Hochschule der Polizei und Teilnahme
an der für die Funktion vorgesehenen
Führungsfortbildung (vor oder nach
Entscheidung über die Stellenvergabe)
oder

Abschluss der Aufstiegsausbildung für
das 3. Einstiegsamt und Teilnahme an
der für die Funktion vorgesehenen
Führungsfortbildung (vor oder nach
Entscheidung über die Stellenvergabe)

Vierjährige Verwendung im gehobenen
Kriminaldienst, Erfahrungen in der
kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung

Vorausgesetzt wird die Bereitschaft zur
Einarbeitung / Fortbildung hinsichtlich
der Anwendung

- spezieller neuerer
Spurensicherungsmethoden,
- von Qualitätssicherungsmaßnahmen
(DNA, Kontaminationsvermeidung,
Labortätigkeit)
- von Arbeitsschutzmaßnahmen im
Labor und Ressourcenkompetenz
(Vorselektion)

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und
Denk- und Urteilsvermögen,
Einfallsreichtum und Initiative,
Selbstständigkeit und Entschlusskraft,
Verantwortungsbewusstsein und
-bereitschaft, Organisationsfähigkeit

und Flexibilität, Kooperation und
Teamarbeit, Verhandlungsgeschick

Fähigkeit zur leitbildorientierten
Mitarbeiterführung

Bereitschaft, die im Rahmen der
Vereinbarkeit von Beruf und Familie
und des Gender Mainstreamings
angestrebten Ziele umzusetzen.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen
Frauenförderprogramms besteht an
Bewerbungen von Frauen besonderes
Interesse. Aufgrund bestehender
Unterrepräsentanz in
Führungspositionen werden sie bei
gleicher Eignung und Befähigung
bevorzugt berücksichtigt.

Das Polizeipräsidium Westpfalz
unterstützt die Vereinbarkeit von
Familie und Beruf durch flexible
Arbeitsgestaltung im Rahmen der
dienstlichen Möglichkeiten.

Erfahrungen, Kenntnisse und
Fertigkeiten, die durch Familienarbeit
oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben
wurden, werden bei der Beurteilung der
Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1
des Landesgleichstellungsgesetzes
berücksichtigt.

Die ausgeschriebene Stelle ist
grundsätzlich teilzeitgeeignet. Gehen
entsprechende Bewerbungen ein, wird
geprüft, ob den Teilzeitwünschen im
Rahmen der stellenspezifischen
Anforderungen entsprochen werden
kann.

Schwerbehinderte werden bei
entsprechender Eignung und
Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind ab Besoldungsgruppe
A 12 möglich.

Bewerbungen von
Kriminalbeamtinnen /
Kriminalbeamten werden **innerhalb von
zwei Wochen nach Erscheinen** der
Stellenausschreibung an

**Polizeipräsidium Westpfalz
PV 3
Logenstraße 5
67655 Kaiserslautern**

erbeten.

1334.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM
WESTPFALZ ist schnellstmöglich
folgende Funktion neu zu besetzen:

Leiterin / Leiter des K 18 (Polizeiliche Datenverarbeitung) bei der Kriminaldirektion Kaiserslautern.

Aufgabenbeschreibung:
im Hinblick auf die den
Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Führung des Kriminalkommissariats,
Dienst- und Fachaufsicht über die
nachgeordneten Mitarbeiter

Eigenständige Sachbearbeitung in
Relation zu der Anzahl der zu
führenden Mitarbeiter

Leitung von kommissariatsinternen
Einsätzen oder sonstiger Einsätze auf
Weisung

Abschließende Bearbeitung von
Ermittlungsvorgängen gemäß VV
„Organisation der Polizei“
einschließlich Aktenführung und
Meldedienste

Anordnung und Durchführung von Eingriffsmaßnahmen

Durchführung datenverarbeitender Maßnahmen im Zusammenhang mit der (elektronischen) Kriminalpolizeilichen Sammlung (KpS), dem Täter-Lichtbild-System (TLBS) und der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), insbesondere Führung, Bearbeitung und Qualitätssicherung der (digitalen) Kriminalpolizeilichen personenbezogenen Sammlung (KpS) und des Kriminalaktennachweises in POLIS für das Polizeipräsidium.

Qualitätssicherung hinsichtlich der in die (digitalen) KpS aufzunehmenden Unterlagen / zu speichernden Datensätze, einschließlich der zu verknüpfenden Fallgrunddaten.

Auskunftserteilung aus KpS und sonstigen Dateien, insbesondere Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen.

Bearbeitung von Anträgen auf Auskunft aus polizeilichen Datensystemen, Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der elektronischen Fahndung, Qualitätssicherung der Polizeilichen Kriminalstatistik.

Zentrale Service- und Qualitätssicherungsstelle in Grundsatzfragen der polizeilichen Datenverarbeitung.

Anforderungsprofil:
im Hinblick auf die den Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei, mit Führungsausbildung oder Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsfortbildung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe) oder

Abschluss der Aufstiegsausbildung für das 3. Einstiegsamt und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsfortbildung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe)

Vierjährige Verwendung im gehobenen Kriminaldienst, Erfahrungen in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, schriftliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung

Bereitschaft, die im Rahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und des Gender Mainstreamings angestrebten Ziele umzusetzen.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderprogramms besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Das Polizeipräsidium Westpfalz unterstützt die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich teilzeitgeeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der stellenspezifischen Anforderungen entsprochen werden kann.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind ab Besoldungsgruppe A 12 möglich.

Bewerbungen von Kriminalbeamtinnen / Kriminalbeamten werden **innerhalb von zwei Wochen nach Erscheinen** der Stellenausschreibung an

Polizeipräsidium Westpfalz PV 3

Logenstraße 5

67655 Kaiserslautern

erbeten.

1335.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM WESTPFALZ, KD Kaiserslautern, Kommissariat 17 (Kriminaltechnik) ist schnellstmöglich folgende Funktion neu zu besetzen:

Stelle einer herausgehobenen Sachbearbeiterin / eines herausgehobenen Sachbearbeiters (Abwesenheitsvertreter / in).

Aufgabenbeschreibung:
im Hinblick auf die den Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Abwesenheitsvertretung des Kommissariatsleiters.

Abschließende Bearbeitung der Erhebungs- und Untersuchungsanträge gemäß VV „Organisation der Polizei“ einschließlich Aktenführung und Meldedienst.

Tatortarbeit (Erhebung des objektiven Befundes, Plausibilitätsprüfungen mit den Ergebnissen / Erkenntnissen des subjektiven Befundes).

Zusammenarbeit mit Fachbehörden und Gerichtsmedizinern in speziellen Fällen.

Maßnahmen und abschließende Bearbeitung im Rahmen der DNA-Analytik.

Durchführung von erkennungsdienstlichen Behandlungen mit abschließender Sachbearbeitung.

Gewährleistung der ständigen Erreichbarkeit für Maßnahmen des Erkennungsdienstes und für kommissariatsspezifische Aufgaben, insbesondere auch an Wochenenden und außerhalb der üblichen Dienstzeiten.

Anforderungsprofil:
im Hinblick auf die den Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei, mit

Führungsausbildung oder Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsfortbildung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe) oder

Abschluss der Aufstiegsausbildung für das 3. Einstiegsamt und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsfortbildung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe)

Dreijährige Verwendung in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung

Wünschenswert wären fundierte Kenntnisse und Erfahrungen in der Kriminaltechnik und Qualitätssicherungsmaßnahmen (DNA, Kontaminationsvermeidung, Labortätigkeit).

Vorausgesetzt wird die Bereitschaft zur Einarbeitung / Fortbildung hinsichtlich der Anwendung spezieller neuerer Spurensicherungsmethoden, von Arbeitsschutzmaßnahmen im Labor und Ressourcenkompetenz (Vorselektion).

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, schriftliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung und Bereitschaft, die im Rahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und des Gender Mainstreamings angestrebten Ziele umzusetzen.

Das Polizeipräsidium Westpfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders willkommen.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich teilzeitgeeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der stellenspezifischen Anforderungen entsprochen werden kann.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind ab Besoldungsgruppe A 11 möglich.

Bewerbungen von Kriminalbeamtinnen / Kriminalbeamten werden **innerhalb von zwei Wochen nach Erscheinen** der Stellenausschreibung an

Polizeipräsidium Westpfalz

PV 3

Logenstraße 5

67655 Kaiserslautern

erbeten.

1336.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM WESTPFALZ, KD Kaiserslautern, Kommissariat 18 (Polizeiliche Datenverarbeitung) ist schnellstmöglich folgende Funktion neu zu besetzen:

Stelle einer herausgehobenen Sachbearbeiterin / eines herausgehobenen Sachbearbeiters (Abwesenheitsvertreter / in).

Aufgabenbeschreibung:
im Hinblick auf die den Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Abwesenheitsvertretung der Kommissariatsleiterin / des Kommissariatsleiters in der Führung des Kriminalkommissariats.

Abwesenheitsvertretung bei der Leitung von kommissariatsinternen Einsätzen oder sonstiger Einsätze auf Weisung.

Wahrnehmung der Aufgaben einer / eines kriminalpolizeilichen Sachbearbeiterin / Sachbearbeiters.

Abschließende Bearbeitung von Ermittlungsvorgängen gemäß VV „Organisation der Polizei“ einschließlich Aktenführung und Meldedienste.

Anordnung und Durchführung von Eingriffsmaßnahmen.

Durchführung datenverarbeitender Maßnahmen im Zusammenhang mit der (elektronischen) Kriminalpolizeilichen Sammlung (KpS), dem Täter-Lichtbild-System (TLBS) und der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), insbesondere Führung, Bearbeitung und Qualitätssicherung der (digitalen) Kriminalpolizeilichen personenbezogenen Sammlung (KpS) und des Kriminalaktennachweises in POLIS für das Polizeipräsidium.

Qualitätssicherung hinsichtlich der in die (digitalen) KpS aufzunehmenden Unterlagen / zu speichernden Datensätze, einschließlich der zu verknüpfenden Fallgrunddaten.

Auskunftserteilung aus KpS und sonstigen Dateien, insbesondere Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen.

Bearbeitung von Anträgen auf Auskunft aus polizeilichen Datensystemen, Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der elektronischen Fahndung, Qualitätssicherung der Polizeilichen Kriminalstatistik.

Zentrale Service- und Qualitätssicherungsstelle in Grundsatzfragen der polizeilichen Datenverarbeitung.

Anforderungsprofil:
im Hinblick auf die den Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten

Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei, mit Führungsausbildung oder Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsförderung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe) oder Abschluss der Aufstiegsausbildung für das 3. Einstiegsamt und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsförderung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe)

Dreijährige Verwendung in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen,

schriftliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung und Bereitschaft, die im Rahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und des Gender Mainstreamings angestrebten Ziele umzusetzen.

Das Polizeipräsidium Westpfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders willkommen.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich teilzeitgeeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der stellenspezifischen Anforderungen entsprochen werden kann.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind ab Besoldungsgruppe A 11 möglich.

Bewerbungen von Kriminalbeamtinnen / Kriminalbeamten werden **innerhalb von zwei Wochen nach Erscheinen** der Stellenausschreibung an

**Polizeipräsidium Westpfalz
PV 3**

**Logenstraße 5
67655 Kaiserslautern**

erbeten.

1337.

Bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / KRIMINALDIREKTION TRIER ist zum 1. Mai 2018 die Stelle

**der Leiterin / des Leiters des Sachgebiets
Verdeckte Maßnahmen**

zu besetzen.

Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 13 (3. Einstiegsamt) bewertet.

Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei bewerben, die sich mindestens in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 befinden.

Aufgabenbeschreibung:

Führung des Sachgebietes, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eigenständige Sachbearbeitung in Relation zu der Anzahl der zu führenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Organisation, Koordination und Kontrolle der Ermittlungsaufträge / Vorgänge. Planung und verantwortliche Umsetzung von Konzepten im Bereich VP-Einsatz, Verdeckte polizeiliche Maßnahmen und Zeugenschutz. Leitung von sachgebietsinternen

Einsätzen oder sonstiger Einsätze auf Weisung.

Anforderungsprofil:

Bewerberinnen können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen. Vierjährige Verwendung in der entsprechenden Laufbahn ab dem dritten Einstiegsamt, Erfahrungen in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Taktisches Verständnis, Erfahrung in der internen Organisation. Beherrschung der einschlägigen Rechtslage, der Ermittlungstaktiken und des polizeilichen Personen- und Objektschutzes.

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Erwartet werden die Beachtung der Grundsätze des Gender Mainstreaming und ein gleichstellungsorientiertes Führungsverhalten.

In Rahmen des Förderprogrammes der rheinland-pfälzischen Landesregierung besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilzeitgeeignet. Das Vorliegen uneingeschränkter Dienstfähigkeit wird vorausgesetzt.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich auf dem Dienstweg erbeten an das

**Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salviastraße 9
54290 Trier**

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Im Fall einer elektronischen Bewerbung bitten wir die Leitung der eigenen Organisationseinheit und die Leitung der betr. Direktion bzw. des Führungsstabs nachrichtlich zu beteiligen.

1338.

Lebenslanges berufsbegleitendes Lernen ist für alle Bediensteten der Polizei Rheinland-Pfalz eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit. Deshalb sind bei der HOCHSCHULE DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ am Standort HAHN-FLUGHAFEN zum nächstmöglichen Zeitpunkt mehrere Stellen als

Fachlehrer / -in**in den Fachgebieten****FG II - Eingriffsrecht -****FG IV - Allgemeines Verwaltungsrecht, Polizeirecht -****FG VI - Einsatzlehre -**

zu besetzen.

Eine Beförderung ist grundsätzlich bis zur Besoldungsgruppe A 13 möglich.

Folgende Aufgabenschwerpunkte gehören zum Arbeitsfeld der künftigen Stelleninhaberinnen bzw. des künftigen Stelleninhabers:

- Gestaltung, Durchführung und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen einschließlich der Korrektur von Lernzielkontrollen und Prüfungen in der Fortbildung sowie im Bachelorstudiengang Polizeidienst im Rahmen eines Lehrauftrags
- Mitwirkung bei der Erstellung und Weiterentwicklung der Fortbildungs- und Studienkonzeptionen
- Unterstützung der Evaluation und Qualitätssicherung
- Mitwirkung bei der Gestaltung von elektronischen Lernangeboten (e-learning)

Im Bedarfsfall sind die Aufgaben an allen Standorten der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz (Enkenbach-Alsenborn, Hahn-Flughafen sowie Wittlich-Wengerohr) sowie an anderen Veranstaltungsorten wahrzunehmen.

Bildungsabschluss:

Bewerben können sich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit abgeschlossenem Studium an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz oder einem vergleichbaren Abschluss.

Eine mindestens vierjährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung, hervorragende fachbezogene Leistungen sowie die pädagogische Eignung werden vorausgesetzt.

Anforderungen:

Neben fachlicher Expertise und einer hohen Affinität zur angestrebten Fachrichtung erwarten wir:

- eine stark ausgeprägte soziale Kompetenz
- Organisationsfähigkeit
- Flexibilität
- ein sehr gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- die Fähigkeit zur Teamarbeit
- Selbstdisziplin
- Konfliktfähigkeit
- Empathiefähigkeit
- Durchsetzungsvermögen

Außerdem gehen wir von der Bereitschaft aus, sich fachlich, didaktisch und zu modernen Lehr- und Lernmethoden fortzubilden. Die Bereitschaft, sich weiter zu entwickeln und sich an der Weiterentwicklung der

Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz zu beteiligen, wird vorausgesetzt.

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche, vielfältige Tätigkeit
- in einem interdisziplinären Team
- mit hoher Eigeninitiative und vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten
- mit Bezug zur polizeilichen Praxis

Sonstige Voraussetzungen:

Da eine Schwächung des Wechselschichtdienstes grundsätzlich vermieden werden soll, sind wir an Bewerbungen von geeigneten eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamtinnen / -beamten besonders interessiert.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Da wir eine Erhöhung des Frauenanteils anstreben, werden Frauen bei Vorlage von Unterrepräsentanz bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des LGG Rheinland-Pfalz vorrangig berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbung:

Für fachliche Rückfragen stehen Ihnen im Fachgebiet II - ER - Herr KD Wolfgang Willems, Tel.: 06543 985-264; Fachgebiet IV - AVR, PR - Herr RD Dr. Volker Stein, Tel.: 06543 985-271; Fachgebiet VI - EL - Herr PD Walter Marx, Tel.: 06543 985-256; gerne zur Verfügung.

Die Personalauswahl wird neben der notwendigen dienstlichen Beurteilung auf ein Vorstellungsgespräch und eine Präsentation gestützt.

Die erfolgreichen Bewerber / -innen werden durch Zusatzausbildung methodisch und inhaltlich zur Fachlehrerin / zum Fachlehrer qualifiziert.

Aussagekräftige Bewerbungen mit detaillierten Angaben zum bisherigen beruflichen Werdegang - in tabellarischer Form - sowie Belege / Nachweise über erworbene fachspezifische Fähigkeiten und der Benennung des bevorzugten Fachgebietes bzw. der bevorzugten Fachgebiete bitten wir **bis spätestens 13. April 2018** an folgende Adresse zu richten:

**Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
Referat 43 - Personal / Soziales -
Postfach 11 11
55482 Hahn-Flughafen**

1339.

Im Bereich des Referates 42 - Organisation / Logistik - der HOCHSCHULE DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ, STANDORT HAHN-FLUGHAFEN, sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt

**zwei Stellen
einer Sachbearbeiterin /**

eines Sachbearbeiters**Waffen, Gerät, Medientechnik (SB 23)**

zu besetzen.

Die Stellen sind nach Besoldungsgruppe A 11 bewertet.

Folgende Aufgabenschwerpunkte gehören zum Arbeitsfeld der künftigen Stelleninhaberinnen bzw. der künftigen Stelleninhaber:

- Planung, Beschaffung, Transporte und Bereitstellung persönlicher Ausstattungsgegenstände, inkl. Waffen und Munition
- Bedarfsermittlung, Beschaffung, Bewirtschaftung und Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln einschl. kriminaltechnischen Materials, technischen und medientechnischen Geräten, Sanitätsausrüstung
- Bestandsführung (Vereinnahmung, Zuweisung, Aussonderung, etc.) unter Nutzung der Softwareanwendung SAP
- Organisation der jährlichen Waffenrevision; Unterstützung bei der Revision von Waffen der Behörde

Aus dienstlichen und organisatorischen Gründen kann auch die Übertragung anderer Aufgaben erforderlich werden.

Bildungsabschluss:

Bewerben können sich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit abgeschlossenem Studium an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz oder einem vergleichbaren Abschluss. Eine mindestens zweijährige Erfahrung in der polizeilichen Sachbearbeitung wird vorausgesetzt.

Anforderungen:

- Sicherer Umgang mit Microsoft Office Produkten
- Erfahrungen im Umgang mit der Softwareanwendung SAP sind wünschenswert
- Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft
- Selbstständigkeit und Organisationsfähigkeit
- Kooperation und ausgeprägte Teamarbeit
- Bereitschaft zum Erwerb der für die Ausübung der Stelle erforderlichen Kenntnisse

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche, vielfältige Tätigkeit
- in einem interdisziplinären Team
- mit hoher Eigeninitiative und vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten
- mit Bezug zur polizeilichen Praxis
- flexible Arbeitszeitgestaltung im Team

Sonstige Voraussetzungen:

Da eine Schwächung des Wechselschichtdienstes grundsätzlich vermieden werden soll, sind wir an Bewerbungen von geeigneten eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamtinnen / -beamten besonders interessiert.

Uneingeschränkte körperliche Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit, die das Tragen von Gegenständen betreffen, werden vorausgesetzt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Da wir eine Erhöhung des Frauenanteils anstreben, werden Frauen bei Vorlage von Unterrepräsentanz bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des LGG Rheinland-Pfalz vorrangig berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbung:

Für fachliche Rückfragen stehen Ihnen Herr Harald Gewehr, Tel.: 06543 985-107, Frau Yvonne Zeyer, Tel.: 06543 985-133, gerne zur Verfügung.

Aussagekräftige Bewerbungen mit detaillierten Angaben zum bisherigen beruflichen Werdegang - in tabellarischer Form - bitte ich **bis spätestens 13. April 2018** an folgende Adresse zu richten:

**Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
Referat 43 - Personal / Soziales -
Postfach 11 11
55482 Hahn-Flughafen**

1340.

Im Fachbereich Architektur der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN ist für den universitären Forschungsschwerpunkt „T-Lab – Holzarchitektur und Holzwerkstoffe“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine

**Juniorprofessur (W1) für
„Tektonik im Holzbau“**

zu besetzen.

Die Stelleninhaberin / Der Stelleninhaber soll als Architektin / Architekt oder als Bauingenieurin / Bauingenieur die Thematik in Forschung und Lehre im Hauptstudium / Masterstudium vertreten. Der Fachbereich sucht dazu eine Persönlichkeit, die in der projektorientierten Architekturausbildung und des universitären Forschungsschwerpunkts „T-Lab – Holzarchitektur und Holzwerkstoffe“ die tektonischen Grundlagen von Holzarchitekturen, Holzkonstruktionen und das Fügen von Holz erforscht und lehrt. Ausgehend vom tektonischen Gerüst aus Holzstäben sollen sowohl in Theorie und Praxis die Übergänge zur Plattentektonik und zur hybriden Tragstruktur erforscht und thematisiert werden. Der Forschungsansatz stellt die Strukturform und die Konstruktionsform in den Mittelpunkt. Dabei geht es um die stoffliche Durchbildung unter Beachtung der Werkstoffeigenschaften des Materials Holz. Die Darstellung der Lehr- und Forschungsergebnisse als Klein- und Großdemonstratoren ist gewünscht. Dazu stehen am T-Lab Digitallabor, Schreinerei und 5-Achs-Fräse zur Verfügung.

Voraussetzung zur Einstellung ist eine überdurchschnittliche Promotion oder der Nachweis besonderer baukünstlerischer Leistungen und ausgezeichneter Fähigkeiten im konstruktiven Entwerfen, die insbesondere durch herausragende

Projekte im Bereich der Holzarchitektur nachgewiesen werden.

Von der Bereitschaft zur Mitarbeit in interdisziplinären Forschungsvorhaben sowie zum Einwerben von Drittmitteln auf nationaler und auch EU-Ebene wird ausgegangen. Englische Sprachkenntnisse werden vorausgesetzt. Französische Sprachkenntnisse wären von Vorteil.

Die Besetzung der Stelle erfolgt im Beamtenverhältnis auf Zeit für drei Jahre und kann nach positiver Evaluation um weitere drei Jahre verlängert werden.

Das Land Rheinland-Pfalz und die Technische Universität Kaiserslautern vertreten ein Betreuungskonzept, bei dem eine hohe Präsenz der Lehrenden am Hochschulort erwartet wird.

Neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen gelten die in § 54 des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz geregelten Einstellungsbedingungen. Der Text ist auf der Homepage der TU Kaiserslautern hinterlegt (<http://www.uni-kl.de/universitaet/verwaltung/ha-1/ha1-rechtsvorschrift>).

Die Technische Universität Kaiserslautern ermutigt qualifizierte Akademikerinnen nachdrücklich sich zu bewerben. Bewerberinnen und Bewerber mit Kindern sind willkommen. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt (bitte Nachweis beifügen).

Bewerbungen sind mit Lebenslauf, Arbeitsproben, Schriftenverzeichnis sowie Nachweis über die bisherigen Leistungen in der Lehre, Darstellung des wissenschaftlichen Werdeganges, bisherige Forschungsaktivitäten und künftige Forschungsabsichten auf max. 30 DIN A4 Seiten und als PDF **bis zum 20. April 2018** zu richten an:

**Technische Universität Kaiserslautern
Dekan des Fachbereichs Architektur
Postfach 30 49
67653 Kaiserslautern
E-Mail: dekanat@architektur.uni-kl.de**

1341.

Im Fachbereich Bauingenieurwesen der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer Akademischen Rätin /
eines Akademischen Rates
(Besoldungsgruppe A 13 LBesG)**

zu besetzen.

Die ausgeschriebene Stelle umfasst Aufgaben im Bereich Brandschutz und ist im Fachbereich Bauingenieurwesen, Fachgebiet Bauphysik / Energetische Gebäudeoptimierung angesiedelt.

Tätigkeitsschwerpunkte sind

- eigenverantwortliche Vorbereitung und Durchführung von Lehrveranstaltungen
- Betreuung von Studien- und Abschlussarbeiten
- Vorbereitung und Korrektur von Klausuren
- inhaltliche Leitung des Fernstudiengangs „Brandschutzplanung“ der TU Kaiserslautern u.a. durch Erstellung und Überarbeitung von Lehrbriefen

- Unterstützung oder Bearbeitung wissenschaftlicher Projekte

Von der zukünftigen Stelleninhaberin / dem zukünftigen Stelleninhaber werden fundierte fachliche Kenntnisse und nachgewiesene Lehrerfahrung im Fach Brandschutz sowie besonderes Interesse an der Durchführung von universitärer Lehre und dem wissenschaftlichen Arbeiten mit Studierenden erwartet.

Einstellungsvoraussetzungen sind - neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen - ein erfolgreich abgeschlossenes einschlägiges Studium an einer Universität oder vergleichbaren Hochschule und eine der Tätigkeit entsprechende Promotion sowie eine fachlich einschlägige hauptberufliche Tätigkeit nach dem Hochschulabschluss von mindestens zwei Jahren und sechs Monaten.

Die TUK strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung und Lehre an und fordert deshalb qualifizierte Akademikerinnen nachdrücklich auf, sich zu bewerben. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt (bitte Nachweis beifügen). Die TUK ist eine familienfreundliche Universität, sie schätzt die Vielfalt ihrer Mitglieder und ermöglicht Chancengleichheit für alle.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden **bis zum 6. April 2018** an den

**Dekan des Fachbereiches
Bauingenieurwesen
Herrn Prof. Dr. Oliver Kornadt
Dekanat Fachbereich Bauingenieurwesen
Postfach 30 49
67653 Kaiserslautern**
erbeten.

1342.

An der HOCHSCHULE WORMS University of Applied Sciences, Erenburgerstraße 19, 67549 Worms, ist am Fachbereich Informatik

**eine
W2-Professur**

für das Lehrgebiet Mobile Anwendungsentwicklung zu besetzen. Gesucht wird eine Persönlichkeit mit einem Studium vorzugsweise der Informatik bzw. Wirtschaftsinformatik, die über hervorragende Kenntnisse in den Bereichen Mobile Anwendungsentwicklung und allgemeiner Software-Architektur verfügt. Auch Bewerbungen von Personen mit einem Abschluss des Ingenieurwesens, der Mathematik oder der Naturwissenschaften sind willkommen, sofern ein deutlicher Bezug zu den ausgeschriebenen fachlichen Schwerpunkten vorliegt. Erwartet werden eine wissenschaftliche Qualifikation sowie eine mehrjährige einschlägige Berufserfahrung - insbesondere in der Planung, Entwicklung, Evaluation und Einführung nativer und plattformübergreifender sowie web-basierter Anwendungen für mobile Endgeräte (Smartphones, Tablets, Wearables oder IoT).

Wir erwarten von unserer neuen Kollegin bzw. unserem neuen Kollegen die Übernahme von Lehrveranstaltungen in den Bachelor- und Master-Studiengängen des Fachbereichs Informatik sowie die aktive Bereitschaft zur Übernahme von Grundlagenfächern wie Programmierung und Webentwicklung. Vorausgesetzt wird die Fähigkeit und Bereitschaft, Vorlesungen auch in englischer Sprache zu halten.

Darüber hinaus erwarten wir einen forschungsorientierten Hintergrund und die Bereitschaft zur aktiven Einwerbung von Drittmitteln sowie zum Technologie- und Wissenstransfer, zur Weiterbildung und zur Beteiligung in der Selbstverwaltung des Fachbereichs. Entsprechend dem Betreuungskonzept des Landes Rheinland-Pfalz und der Hochschule Worms wird zudem eine hohe Präsenz am Hochschulort erwartet.

Die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren ergeben sich aus § 49 Hochschulgesetz (HochSchG) des Landes Rheinland-Pfalz.

Hinweise zum Fachbereich finden sich im Internet unter www.hs-worms.de. Für weitere Informationen steht Herr Normen Haas unter der Rufnummer 06241 509-259 zur Verfügung.

Qualifizierte Wissenschaftlerinnen, welche die Voraussetzungen erfüllen, werden ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert. Schwerbehinderte sowie Schwerbehinderten gleichgestellte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Schriftenverzeichnis einschließlich eines Dissertationsexemplares sowie Nachweise der Berufstätigkeit sind bis zum **16. April 2018** an den

Präsidenten der Hochschule Worms
Erenburgerstraße 19
D - 67549 Worms

oder elektronisch an:

bewerbung@hs-worms.de

zu richten.

1343.

Der PRÄSIDENT DES HESSISCHEN RECHNUNGSHOFS sucht zum nächstmöglichen Termin

eine / einen Prüferin / Prüfer für die Prüfungsabteilung VII - Referat VII 3 (Bereich Organisation und Informationstechnik).

Die Einstellung erfolgt bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen als Beamtin / Beamter bis zur Besoldungsgruppe A 12 HBesG. Bei gleicher Qualifikation kann die Einstellung als Tarifbeschäftigte / r bis zur Entgeltgruppe 12 TV-H erfolgen, wobei die spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis möglich ist.

Aufgabenschwerpunkte

- Prüfungen von IT-Verfahren, IT-Strukturen und IT-Projekten der hessischen Landesverwaltung
- Prüfung der Verwaltungsorganisation der hessischen Landesverwaltung
- Mitwirkung bei Teamprüfungen

Fachliches Anforderungsprofil

- Abschluss als Dipl.-Verwaltungswirtin / Dipl.-Verwaltungswirt bzw. Bachelor of Arts der Allgemeinen Verwaltung, Verwaltungsfachwirtin / Verwaltungsfachwirt oder ein vergleichbarer Abschluss bzw. Abschluss eines Bachelorstudiums oder eines gleichwertigen Hochschulstudiums
- gute umfassende Kenntnisse der Informationstechnik
- mehrjährige Berufserfahrung in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung oder Körperschaften sind von Vorteil
- Erfahrungen im Projektmanagement sind von Vorteil
- Kenntnisse im staatlichen Haushaltsrecht oder Vergaberecht sind von Vorteil
- Betriebswirtschaftliche Kenntnisse, insbesondere des kaufmännischen Rechnungswesens, SAP-Grundkenntnisse sowie Verwaltungserfahrungen im Organisationsbereich sind von Vorteil

Persönliches Anforderungsprofil

- Fähigkeit, sich schnell mit neuen komplexen Sachverhalten vertraut zu machen, Probleme zu analysieren und konstruktive Lösungen zu erarbeiten
- hohes Maß an Eigeninitiative, Kreativität, Durchsetzungsvermögen und Organisationsgeschick
- sicheres und verbindliches Auftreten

- Teamfähigkeit und kooperatives Verhalten
- gute schriftliche und mündliche Kommunikationsfähigkeit
- Bereitschaft zu Dienstreisen innerhalb Hessens

Aufstiegsmöglichkeiten sind nach Eignung und Leistung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Planstellen gegeben.

Die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern wird gewährleistet. Die Vorschriften des Sozialgesetzbuches - Neuntes Buch - werden berücksichtigt.

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bitte **unter Angabe der Kennziffer 20700/2/2018 bis zum 11. April 2018** an den

Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs
Eschollbrücker Straße 27
64295 Darmstadt

bzw. per E-Mail (Datei in pdf-Format, möglichst in einer Datei, nicht größer als 30 MB) an:

poststelle@rechnungshof.hessen.de

Bitte verzichten Sie auf die Übersendung von Bewerbungsmappen sowie von Originalunterlagen, da die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen vernichtet werden.

Bekanntmachungen der Gerichte

Ausschließungsbeschlüsse / Ausschlussurteile

1344.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 06, Briefnummer 059562, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Breitenheim Blatt 1141 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 3000,- DM mit 8 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bad Sobernheim, den 26. Februar 2018

- 6 UR II 7/17 - Das Amtsgericht

1345.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 0279715, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bernkastel-Kues Gemarkung Zeltlingen-Rachtig Blatt 5080 in Abteilung III Nr. 2 und Wehlen Blatt 3336 in Abt. III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 127.822,97 EUR (vormals Grundschuld über 250.000,- DM, eingetragen im Grundbuch von Zeltlingen-Rachtig Blatt 3292, 3365, Wehlen 908, 1177, 1546 und 1820) wird für kraftlos erklärt.

Bernkastel-Kues, den 7. März 2018

- 4b UR II 8/17 - Das Amtsgericht

1346.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 2350052, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bitburg Gemarkung Idenheim Blatt 786 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 11.700,- DM nebst 12 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bitburg, den 9. März 2018

- 5 UR II 14/17 - Das Amtsgericht

1347.

Ausschließungsbeschluss: Die im Grundbuch des Amtsgerichts Gernersheim Gemarkung Knittelsheim Blatt 1000 Flurstück Nr. 763 eingetragene Eigentümer Alphons Israel Mayer, Handelsmann und dessen Ehefrau Sassy Mayer sowie deren Rechtsnachfolger werden mit ihren Rechten ausgeschlossen.

Gernersheim, den 26. Februar 2018

- 1a UR II 5/17 - Das Amtsgericht

1348.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 3180000437, ausgestellt für das Konto gleichnamiges Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Herr Wilhelm Adams, Hauptstraße 49, 54413 Beuren, wird für kraftlos erklärt.

Hermeskeil, den 14. März 2018

- 1 UR II 15/17 - Das Amtsgericht

1349.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Briefnummer 13149947, für das Gesamtrecht über die im Grundbuch des Amtsgerichts Idar-Oberstein Gemarkung Berschweiler (Kirn) Blatt 744 in Abteilung III Nr. 21 sowie über die im Grundbuch des Amtsgerichts Idar-Oberstein, Gemarkung Bergen Blatt 1351 in Abteilung III Nr. 10 eingetragene Grundschuld zu 250.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen wird für kraftlos erklärt.

Idar-Oberstein, den 13. März 2018

- 38 UR II 22/17 - Das Amtsgericht

1350.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Pfaffendorf Blatt 1435 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 18.000,- DM mit 8 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 13. März 2018

- 132 UR II 43/17 - Das Amtsgericht

1351.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6079601, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Metternich Blatt 5233 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 58.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt. Es handelt sich hierbei um den Grundschuldbrief über ursprünglich 138.000,- DM, von dem ein Teilbetrag über 80.000,- DM abgetreten wurde.

Koblenz, den 13. März 2018

- 132 UR II 47/17 - Das Amtsgericht

1352.

Ausschließungsbeschluss: Das rote Sparbuch der Sparkasse Koblenz, Sparbuchnummer 3702257175, ausgestellt für das Konto 3702257175, welches am 14. Oktober 1997 bei der Geschäftsstelle in Bendorf eröffnet wurde (Ausgestellt wurde es auf die am 21.10.1925 in Mallendar geborene und am 18. 3. 2011 in Vallendar verstorbene Erblasserin: Frau Annemarie Skibowski, Deutschherrenstraße 20, 56179 Vallendar) wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 13. März 2018

- 412 UR II 16/17 - Das Amtsgericht

1353.

Ausschließungsbeschluss: Die roten Sparbücher der Sparkasse Koblenz – jeweils ausgestellt von der Geschäftsstelle Bahnhofstraße – a) für das Sparkonto 3700717717, welches am 11. Mai 2001 eröffnet wurde, und b) für das Sparkonto 3700734845, welches am 29. September 2004 eröffnet wurde (Die Sparbücher lauten jeweils auf: Frau Christa Nolte, geb. am 6. 4. 1932, Mozartplatz 4, 56075 Koblenz) werden für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 13. März 2018

- 412 UR II 24/17 - Das Amtsgericht

1354.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief (Gruppe 02, Briefnummer 5243320) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Sayn Blatt 2377 in Abteilung III Nr. 10 eingetragene Grundschuld zu 39.000,- DM mit 7 % Zinsen jährlich (Eingetragene Berechtigte: Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bau-

sparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln) wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 13. März 2018

- 412 UR II 44/17 - Das Amtsgericht

1355.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Münstermaifeld Blatt 1747 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 13.000,- DM mit mindestens 6 und höchstens 10 % Zinsen jährlich, bei Verzug 0,5 % mehr und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Münstermaifeld Blatt 1747 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 4000,- DM mit mindestens 6 und höchstens 10 % Zinsen jährlich, bei Verzug 0,5 % mehr, werden für kraftlos erklärt.

Mayen, den 8. März 2018

- 2 UR II 19/17 - Das Amtsgericht

1356.

Ausschließungsbeschluss: Die Gläubiger, die ihre Forderungen gegen den Nachlass des Erblassers Wolfgang Fritz Herbert Kalau, letzte Anschrift: Bacharacher Straße 11, 55494 Rheinböllen, in dem Aufgebotsverfahren vor dem Amtsgericht Simmern/Hunsrück, Aktenzeichen 33 UR II 21/17, nicht wirksam angemeldet haben, können von dem Erben nur insoweit Befriedigung ihrer Forderungen verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt; ihr Recht, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermögenswerten und Auflagen berücksichtigt zu werden, bleibt unberührt.

Simmern, den 14. März 2018

- 33 UR II 21/17 - Das Amtsgericht

1357.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Sinzig Blatt 6163 und 6168 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 76.000,- DM mit 18 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Sinzig Blatt 6163 und 6168 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 26.000,- DM mit 16 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Sinzig Blatt 6163 und 6168 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 10.000,- DM mit 16 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Sinzig Blatt 6163 und 6168 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 10.000,- DM mit 16 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Sinzig, den 12. März 2018

- 5b UR II 21/17 - Das Amtsgericht

1358.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 328040381, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Mathilde Hans, In der Perch 3, 66709 Weiskirchen, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 8. März 2018

- 50A UR II 66/17 - Das Amtsgericht

1359.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 364491829, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Renate Eva Eleonore Wolfram, Neustraße 12, 54338 Schweich, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 9. März 2018

- 50A UR II 78/17 - Das Amtsgericht

Aufgebote

1360.

Herr Georg Seul, Koblenzer Straße 19, 53498 Bad Breisig, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Kreissparkasse Ahrweiler, ausgestellt für das Konto DE46577513103000158976. Das Sparbuch lautet auf: Herr Georg Seul, Koblenzer Straße 19, 53498 Bad Breisig.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 6. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuchs erfolgen wird. Der Beschluss ist mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar.

Bad Neuenahr-Ahrweiler,
den 6. März 2018

- 30 UR II 3/18 - Das Amtsgericht

1361.

Herr Herbert Kurz, Simmertal, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 10926028, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Simmertal Blatt 1229 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kirchliche Versorgungskasse Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Berlin.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 16. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Bad Sobernheim anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bad Sobernheim, den 14. März 2018

- 6 UR II 3/18 - Das Amtsgericht

1362.

Frau Barbara Hildegard Wickler, Eberhardstraße 18, 57518 Betzdorf, und Herr Dieter Wickler, Eberhardstraße 18, 57518 Betzdorf, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Betzdorf Gemarkung Betzdorf Blatt 5162 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 21.000,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Altenkirchen in Altenkirchen.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 16. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Betzdorf anzumelden und die Urkunde vorzulegen.

gen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Betzdorf, den 14. März 2018

- 41 UR II 27/17 - Das Amtsgericht

1363.

Frau Elisabeth Mayer, Dr.-Geier-Straße 10, 55425 Waldalgesheim, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Appenheim Blatt 1858 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 22.343,46 EUR mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 13. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Bingen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bingen am Rhein, den 13. März 2018

- 30 UR II 2/18 - Das Amtsgericht

1364.

Herr Thomas Oswald, Herr Dr. Andreas Oswald, und Herr Christian Oswald, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 1567626, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Landau in der Pfalz Blatt 4332 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 16.800,- DM. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 30. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Landau in der Pfalz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landau, den 13. März 2018

- 1 UR II 10/18 - Das Amtsgericht

1365.

Frau Caroline Kapp, Mathildenstraße 1 c, 80366 München, hat den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 13676 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 118.430,- DM mit 20 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Commerzbank Aktiengesellschaft, Filiale Mainz, Mainz. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz, Gemarkung Gonsenheim Blatt 13677 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 102,- DM mit 20 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Commerzbank Aktiengesellschaft, Filiale Mainz, Mainz.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird. Durch einen Fehler im System wurde das Aufgebot nicht im Staatsanzeiger veröffentlicht. Da die Veröffentlichung im Staatsanzeiger nach § 437 FamFG für die Aufgebotsfrist maßgeblich

ist, müssen die Grundschuldbriefe nochmals aufgeboten werden.

Mainz, den 13. März 2018

- 73 UR II 71/17 - Das Amtsgericht

1366.

Die Stadt Neuwied, Engerser Landstraße 17, 56564 Neuwied, hat den Antrag auf Ausschließung des Eigentümers mehrerer Grundstücke bei Gericht eingereicht. Betroffen sind die Grundstücke: Amtsgericht Neuwied Gemarkung Weis Blatt 5242 Bezeichnung: lfd. Nr. 1 Flur 4 Nr. 48/5, Weg, Engersgaustraße, Größe 3 qm, lfd. Nr. 2 Flur 4 Nr. 48/6, Straße, Engersgaustraße (K 114), Größe 5 qm, lfd. Nr. 3 Flur 4 Nr. 49/2, Weg, Engersgaustraße, Größe 2 qm, lfd. Nr. 4 Flur 4 Nr. 49/3, Straße, Engersgaustraße (K 114), Größe 3 qm, lfd. Nr. 5 Flur 4 Nr. 50/4, Weg, Engersgaustraße, Größe 2 qm, lfd. Nr. 6 Flur 4 Nr. 50/5, Straße, Engersgaustraße (K 114) Größe 3 qm. Eigentümer laut Grundbucheintrag: Frau Katharina Untraut, geb. Becker (Ehefrau Hubert Untraut) zu 1/2-Anteil, letzter bekannter Wohnsitz des Grundstückseigentümers: 56566 Neuwied.

Die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer werden aufgefordert, ihre Eigentümerrechte **spätestens bis zu dem 13. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Neuwied anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Rechte als Eigentümerin erfolgen wird.

Neuwied, den 12. März 2018

- 40 UR II 27/17 - Das Amtsgericht

1367.

Frau Elisabeth Nothhof, Bahnhofstraße 7, 66851 Steinalben, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um Sparurkunde Nr. 3750006011, ausgestellt von der Sparkasse Südwestpfalz, Anstalt des öffentlichen Rechts. Berechtigter der Urkunde ist laut eigener Angabe: Frau Elisabeth Nothhof, Bahnhofstraße 7, 66851 Steinalben.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 9. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Pirmasens anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Pirmasens, den 8. März 2018

- 1 UR II 10/18 - Das Amtsgericht

1368.

Frau Rosemarie Klump, Horner Weg 4, 55469 Budenbach, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Simmern/Hunsrück Gemarkung Budenbach Blatt 369 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 15.700,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 16. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Simmern/Hunsrück anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Simmern, den 15. März 2018

- 33 UR II 22/17 - Das Amtsgericht

1369.

Herr Hermann-Josef Umbach, Nachtigallenweg 6, 53498 Bad Breisig, Herr Albert Umbach, Wendelsgasse 9, 56653 Wassenach, und Frau Jutta Pohl, Im Maar 1 b, 54568 Gerolstein, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Wassenach Blatt 1484 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 20.451,68 EUR mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Mainz Aktiengesellschaft.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 20. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Sinzig anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Sinzig, den 20. Februar 2018

- 5a UR II 2/18 - Das Amtsgericht

1370.

Herr Bernhard Berg, An der Leimenkaut 36, 65207 Wiesbaden-Auringen, und Frau Anita Nathem, Fritz-Quant-Straße 9, 54294 Trier, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 4502008, über die im Wohnungsgrundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Sankt Matthias Blatt 7357 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 127.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Stadtparkasse Trier; jetzt: Sparkasse Trier, Theodor-Heuss-Allee 1, 54292 Trier.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 9. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 9. März 2018

- 50A UR II 2/18 - Das Amtsgericht

1371.

Die Volksbank Trier, Herzogenbuscher Straße 16 - 18, 54292 Trier, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Briefnummer 17563395, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Osburg Blatt 3164 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 210.000,- EUR mit 18 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen einmalig. Eingetragene Berechtigte: Volksbank Trier eG, Herzogenbuscher Straße 16 - 18, 54292 Trier.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 16. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 14. März 2018

- 50A UR II 4/18 - Das Amtsgericht

1372.

Frau Sabine Schulz-Gerhardt, Graf-Reginar-Straße 53, 54294 Trier, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 362777617, ausgestellt für das gleichnamige Konto. Das

Sparbuch lautet auf: Frau Roswitha Centner, letzte Anschrift: 54292 Trier.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 9. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Trier, den 9. März 2018

- 50A UR II 5/18 - Das Amtsgericht

1373.

Herr Stefan Neises, Saarblick 10, 54441 Kastel-Staadt, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 387043763, ausgestellt für das gleichnamige Konto. Das Sparbuch lautet auf: Herr Stefan Neises, Saarblick 10, 54441 Kastel-Staadt.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 16. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Trier, den 14. März 2018

- 50A UR II 15/18 - Das Amtsgericht

1374.

Frau Sandra Kerk, Battweiler, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht einge-

reicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 2368972, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Zweibrücken Gemarkung Contwig Blatt 1513 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 10.500,- DM. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch Hall Aktiengesellschaft, Schwäbisch Hall.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 9. Juli 2018** vor dem Amtsgericht Zweibrücken anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Zweibrücken, den 9. März 2018

- 3 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

Konkursverfahren

1375.

Öffentliche Bekanntmachung

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Wilhelm Gruben KG wird das Verfahren nach Abhaltung des Schlussstermins aufgehoben, § 163 KO.

Trier, den 7. März 2018

- 23 N 35/87 - Das Amtsgericht

Zwangsversteigerungsverfahren

- Terminbestimmungen -

Die nachstehenden unter lfd. Nr. 1376 bis 1418 bezeichneten Grundstücke (Erbbaurechte) sollen zu den dort angegebenen Zeiten versteigert werden. In jeder dieser Zwangsversteigerungssachen erlässt das Gericht folgende Aufforderungen:

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller widerspricht. Andernfalls wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranganges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks, des Erbbaurechtes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, so tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

1376.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Donnerstag, dem 14. Juni 2018, 14.00 Uhr**, Raum 117, Sitzungssaal, Amtsgericht Andernach, Koblenzer Straße 6, 56626 Andernach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Mülheim (bei Koblenz) Gemarkung Mülheim (bei Koblenz) Flur 15 Flurstück Nr. 267/16, Gebäude- und Freifläche, Mühlenstraße 9, 412 m², Blatt 9444. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 156.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Andernach, den 15. März 2018

- 9 K 30/17 - Das Amtsgericht

1377.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 28. Juni 2018, 11.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2 / 4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Jünkerath Gemarkung Jünkerath Flur 6 Flurstück Nr. 176/6, Gebäude- und Freifläche, Kölner Straße 75, 453 m², Blatt 1165 BV 3. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnhaus mit zwei Wohneinheiten und gewerblicher

Nutzung; unterkellert; Carport; Verkehrswert: 137.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. März 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 9. März 2018

- 10 K 17/16 - Das Amtsgericht

1378.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 26. Juni 2018, 11.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2 / 4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Spangdahlem Gemarkung Spangdahlem Flur 52 Flurstück Nr. 196, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 16, 227 m², Blatt 2293 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus; dreigeschossig; zweiseitig angebaut; zweigeschossige Scheune als Anbau mit Garage als Anbau; Einschätzung als denkmalschutzwürdig; Verkehrswert: 41.600,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. März 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 9. März 2018

- 10 K 25/16 - Das Amtsgericht

1379.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 21. Juni 2018, 10.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2 / 4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Holsthum Gemarkung Holsthum Flur 2 Flurstück Nr. 14, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Enzweg 3, 1211 m², Blatt 1222 BV 1. Zusatz: In Errungenschaftsgemeinschaft nach luxemburgischem Recht. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweifamilienhaus; zweigeschossig; unterkellert; freistehend; mit Anbau und Garage; Verkehrswert: 282.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 12. März 2018

- 10 K 17/17 - Das Amtsgericht

1380.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 21. Juni 2018, 15.00 Uhr**, Raum 100, Sitzungssaal, Amtsgericht Cochem, Ravenstraße 39, 56812 Cochem, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Kail lfd. Nr. 2 Gemarkung Kail Flur 12 Flurstück Nr. 29, Gebäude- und Freifläche, Kail, Haus Nr. 6, 273 m², Blatt 689 BV 3; lfd. Nr. 3 Gemarkung Kail Flur 12 Flurstück Nr. 28, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Brunnenstraße 3, 414 m², Blatt 689 BV 12. lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): bebautes Grundstück mit einem Einfamilienwohnhaus und Garage; Verkehrswert: 20.000,- EUR. lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): abbruchreifes Wohnhaus mit Scheunen- und Stalltrakt (aufgelassene landwirtschaftliche Hofstelle); Verkehrswert: 100,- EUR. Ge-

samtwert bei zu erwartendem Gesamtausgebot: 20.100,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvg.com 4 Wochen vor dem Termin.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Cochem, den 8. März 2018

- 13 K 33/17 - Das Amtsgericht

1381.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 28. Mai 2018, 10.15 Uhr**, Raum 200, Sitzungssaal, Amtsgericht Cochem, Ravenstraße 39, 56812 Cochem, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bad Bertrich lfd. Nr. 1 Gemarkung Bad Bertrich Flur 5 Flurstück Nr. 1731/65, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Kurfürstenstraße 12, 574 m², Blatt 817 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Bad Bertrich Flur 5 Flurstück Nr. 1731/67, Gebäude- und Freifläche, Kurfürstenstraße 12, 594 m², Blatt 817 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Bad Bertrich Flur 5 Flurstück Nr. 1731/69, Gebäude- und Freifläche, Kurfürstenstraße 12, 223 m², Blatt 817 BV 3; lfd. Nr. 4 Gemarkung Bad Bertrich Flur 5 Flurstück Nr. 1731/180, Gebäude- und Freifläche, Kurfürstenstraße 12, 15 m², Blatt 817 BV 4. Lfd. Nr. 1 Verkehrswert: 11.400,- EUR. Lfd. Nr. 2 Verkehrswert: 40.700,- EUR. Lfd. Nr. 3 Verkehrswert: 7600,- EUR. Lfd. Nr. 4 Verkehrswert: 300,- EUR. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Die Grundstücke bilden eine wirtschaftliche Einheit. Das aufstehende Gebäude ist ein Dreifamilienhaus, zweigeschossig, nicht unterkellert, mit ausgebautem Dachgeschoss, Bj. Anfang der 1960er Jahre, nach 2010 tlw. modernisiert; derzeit mit Unterhaltungs-, Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf.

Weitere Informationen unter www.hanmark.de ab 4 Wochen vor dem Termin.

Cochem, den 14. März 2018

- 14 K 30/17 - Das Amtsgericht

1382.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 17. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum 110, Sitzungssaal, Amtsgericht Daun, Berliner Straße 3, 54550 Daun, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Pelm lfd. Nr. 1 Gemarkung Pelm Flur 12 Flurstück Nr. 123/16, Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche, Am Sellbüsch 12, 1200 m², Blatt 1491 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Pelm Flur 12 Flurstück Nr. 123/73, Gebäude- und Freifläche, Am Sellbüsch, 52 m², Blatt 1491 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Pelm Flur 12 Flurstück Nr. 123/75, Gebäude- und Freifläche, Am Sellbüsch, 66 m², Blatt 1491 BV 3. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): freistehendes, unterkellertes, Zweifamilienhaus mit Anbau und Nebengebäude; Verkehrswert: 116.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebaut; Verkehrswert: 1460,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebaut; Verkehrswert: 1850,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. November 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Daun, den 12. März 2018

- 7 K 28/17 - Das Amtsgericht

1383.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 3. Juli 2018, 13.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Diez, Schloßberg 11, 65582 Diez, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Lohrheim Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 2/8, Sondereigentums-Art: Wohnung im zweiten Obergeschoss, Kellerraum, SE-Nr. 2, Blatt 521; an Grundstück Gemarkung Lohrheim Flur 13 Flurstück Nr. 25/1, Gebäude- und Freifläche, Rheingauer Straße 2, 83 m²; Gemarkung Lohrheim Flur 13 Flurstück Nr. 25/2, Gebäude- und Freifläche, Rheingauer Straße 2, 245 m²; Gemarkung Lohrheim Flur 13 Flurstück Nr. 25/3, Gebäude- und Freifläche, Rheingauer Straße 2, 496 m²; Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 99.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Oktober 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Diez, den 15. Februar 2018

- 10 K 34/15 - Das Amtsgericht

1384.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 9. Mai 2018, 10.30 Uhr**, Raum 14, Sitzungssaal, Amtsgericht Frankenthal (Pfalz), Bahnhofstraße 33, 67227 Frankenthal (Pfalz), öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Frankenthal 1/2-Anteil am Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 6/1000, Sondereigentums-Art an dem Doppelparker oben im Kellergeschoss im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 17, Blatt 11890 BV 1; an Grundstück Gemarkung Frankenthal Flur/Flurstück 2561/7, Gebäude- und Freifläche, Gabelsberger Straße 12, 340 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 1/2-Anteil an einem Doppelparker; Verkehrswert: 4000,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: DKB Grund GmbH, Frau Fröhlich, Tel. 030 12030-7795.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Dezember 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Frankenthal, den 27. Februar 2018

- 5 K 41/16 - Das Amtsgericht

1385.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in den Wohnungsgrundbüchern von Baumholder Blätter 4067, 4068 und 4069 eingetragenen, nachstehend bezeichneten Wohnungseigentumseinheiten **am Montag, dem 25. Juni 2018, 14.00 Uhr**, im Gerichtsgebäude Mainzer Straße 180, Saal 116, versteigert werden. - Für Angaben in () keine Gewähr! -

I) Wohnungsgrundbuch von Baumholder Blatt 4067 lfd. Nr. 1 Miteigentumsanteil von 45,49/100 an Grundstück Gemarkung Baumholder Flur 34 Flurst. 8/1, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Albert-Schweitzer-Straße 27, 2162 qm; verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen im Untergeschoss des Hauses und der Garage; im Aufteilungsplan „rot“ umrandet eingezeichnet und mit Ziffer „1“ gekennzeichnet; für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blätter 4067, 4068 und 4069); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; wegen Gegen-

stand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 21. Dezember 1987 (gewerblich genutzte Einheit, zzt. genutzt als Ingenieurbüro). Verkehrswert 59.000,-EUR. II) Wohnungsgrundbuch von Baumholder Blatt 4068 lfd. Nr. 1 Miteigentumsanteil von 24,83/100 an Grundstück Gemarkung Baumholder Flur 34 Flurst. 8/1, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Albert-Schweitzer-Straße 27, 2162 qm; verbunden mit dem Sondereigentum an sämtlichen Räumen der Wohnung im Erdgeschoss rechts sowie dem Kellerraum; im Aufteilungsplan „blau“ umrandet eingezeichnet und mit Ziffer „2“ gekennzeichnet; für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blätter 4067, 4068 und 4069); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 21. Dezember 1987 (3-Zimmerwohnung). Verkehrswert: 57.000,- EUR. III) Wohnungsgrundbuch von Baumholder Blatt 4069 lfd. Nr. 1 Miteigentumsanteil von 29,68/100 an Grundstück Gemarkung Baumholder Flur 34 Flurst. 8/1, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Albert-Schweitzer-Straße 27, 2162 qm; verbunden mit dem Sondereigentum an sämtlichen Räumen der Wohnung im Erdgeschoss, dem Nebenraum im Untergeschoss sowie dem Kellerraum; im Aufteilungsplan „grün“ umrandet eingezeichnet und mit Ziffer „3“ gekennzeichnet; für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blätter 4067, 4068 und 4069); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 21. Dezember 1987 (4-Zimmerwohnung). Verkehrswert: 70.000,- EUR. (Es handelt sich um das 2-Familien-Haus mit Büro und Doppelgarage sowie Stellplätzen, Albert-Schweitzer-Straße 27, Baumholder).

Die Versteigerungsvermerke sind am 21. April 2016 in die Grundbücher eingetragen worden.

Idar-Oberstein, den 19. Februar 2018

- 11 K 22/16 - Das Amtsgericht

1386.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Idar-Oberstein Blatt 15354 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Montag, dem 28. Mai 2018, 11.00 Uhr**, im Gerichtsgebäude Mainzer Straße 180, Saal 116, versteigert werden. - Für Angaben in () keine Gewähr! -

Lfd. Nr. 1 Miteigentumsanteil von 3482/10.000 an Grundstück Gemarkung Idar-Oberstein Flur 76 Flurst. 26/1, Gebäude- und Freifläche, Mainzer Straße 64, 337 qm; verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Obergeschoss und einem Kellerraum, Nr. 2 laut Aufteilungsplan (5-Zimmer-Wohnung im 1. Obergeschoss mit teilweise überdachten und geschlossenen Balkon, ca. 126 m² Wohnfläche). Verkehrswert: 103.000,- EUR. Im Versteigerungstermin am 26. Februar 2018 wurde der Zuschlag gem. § 74 a Abs. 1 ZVG versagt.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Februar 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Idar-Oberstein, den 26. Februar 2018

- 11 K 7/17 - Das Amtsgericht

1387.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Georg-Weierbach Blatt 937 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Montag, dem 14. Mai 2018, 11.00 Uhr**, im Gerichtsgebäude Mainzer Straße 180, Saal 116, versteigert werden. - Für Angaben in () keine Gewähr! -

Gemarkung Georg-Weierbach BV Nr. 1 Flur 7 Flurstück 53, Waldfläche, Hämmerbach, 1378 qm (als Wald genutzt). Verkehrswert: 550,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Idar-Oberstein, den 16. Februar 2018

- 11 K 29/17 - Das Amtsgericht

1388.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Kaiserslautern Blatt 32637 eingetragene, nachstehend bezeichnete Miteigentumsanteil **am Dienstag, dem 12. Juni 2018, 13.00 Uhr**, Sitzungssaal 15, Amtsgericht Kaiserslautern, Justizzentrum, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, versteigert werden.

2/3-tel Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flurstücke der Gemarkung Kaiserslautern - 1008/28, Gebäude- und Freifläche, Grüner Graben 21, Schmiedstraße 1 A, zu 147 qm, - 1008/29, Gebäude- und Freifläche, Schmiedstraße 1 B, zu 82 qm, verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen in dem im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Wohn- und Geschäftshaus. Der Verkehrswert ist festgesetzt auf 197.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 27. September 2016 in das Grundbuch eingetragen.

Weitere Informationen im Internet unter www.versteigerungspool.de.

Kaiserslautern, den 12. März 2018

- 4 K 95/16 - Das Amtsgericht

1389.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 17. Juli 2018, 10.00 Uhr**, Raum 123, Sitzungssaal, Amtsgericht Koblenz, Karmeliterstraße 14, 56068 Koblenz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Dieblich lfd. Nr. 1 Gemarkung Dieblich Flur 7 Flurstück Nr. 148, Landwirtschaftsfläche, Auf der nassen Anwand, 11.561 m², Blatt 2933 BV 19; lfd. Nr. 2 Gemarkung Dieblich Flur 19 Flurstück Nr. 64, Landwirtschaftsfläche, Im Wassersschlag, 10.400 m², Blatt 2933 BV 20. Zusatz zu lfd. Nr. 1: Antragssteller und Antragsgegner in Erbengemeinschaft zu 1/2-Anteil nach der verstorbenen Helga Meyer, geb. am 21.12.1918, geb. Popp, verstorben am 2.3.2001 (vgl. Erbschein vom 1. Juni 2001 - 4a VI 235/01) sowie Antragssteller zu 2) zu 1/2-Anteil. Zusatz zu lfd. Nr. 2: Antragssteller und Antragsgegner in Erbengemeinschaft zu 1/2-Anteil nach der verstorbenen Helga Meyer, geb. am 21.12.1918, geb. Popp, verstorben am 2.3.2001 (vgl. Erbschein vom 1. Juni 2001 - 4a VI 235/01) sowie Antragssteller zu 2) zu 1/2-Anteil. lfd. Nr. 1 Das Flurstück ist mit Altbstbäumen bepflanzt, die aufgrund ihres Alters nicht mehr ertragsfähig sind. Verkehrswert: 23.122,- EUR. lfd. Nr. 2 Das Grundstück ist als Ackerfläche genutzt und verpachtet. Verkehrswert: 20.800,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. November 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Das Verkehrswertgutachten kann beim Amtsgericht, Zimmer 603, 6. OG (Tel. 0261 102-1409) nach vorheriger Terminabsprache eingesehen werden.

Koblenz, den 13. März 2018

- 21 K 56/16 - Das Amtsgericht

1390.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 15. Mai 2018, 14.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Offenbach (Hundheim) lfd. Nr. 4 Gemarkung Offenbach (Hundheim) Flur 8 Flurstück Nr. 165, Gebäude- und Freifläche, Niederau, 48 m², Blatt 1511 BV 4; lfd. Nr. 5 Gemarkung Offenbach (Hundheim) Flur 8 Flurstück Nr. 167, Erholungsfläche, Niederau, 86 m², Blatt 1511 BV 5; lfd. Nr. 6 Gemarkung Offenbach (Hundheim) Flur 8 Flurstück Nr. 170/1, Gebäude- und Freifläche, Niederau, 12 m², Blatt 1511 BV 6; lfd. Nr. 7 Gemarkung Offenbach (Hundheim) Flur 8 Flurstück Nr. 606/170, Gebäude- und Freifläche, Niederau 3, 201 m², Blatt 1511 BV 7. lfd. Nr. 4 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): siehe BV-Nr. 7; Verkehrswert: 2800,- EUR. lfd. Nr. 5 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): siehe BV-Nr. 7; Verkehrswert: 2200,- EUR. lfd. Nr. 6 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): siehe BV-Nr. 7; Verkehrswert: 300,- EUR. lfd. Nr. 7 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Lt. Gutachten: Einfamilienhaus mit zwei Wohnbereichen, zweigeschossig, ohne Keller, ausgebautes Dachgeschoss, Garage, Schuppen, Bj. ca. 1920, diverse Verbesserungen in späteren Jahren vorgenommen, Satteldach mit Ziegeldindeckung, Elektronachtspeicheröfen, Festbrennstofföfen; Erdgeschoss: 1 Zimmer, HWR, Flur; 2 Abstellräume; Obergeschoss: 3 Zimmer, Küche, Bad, Flur, Dachterrasse; Dachgeschoss: 2 Zimmer, Küche, Bad, Flur; Verkehrswert: 70.700,- EUR. Der Gesamtverkehrswert beträgt 76.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Postbank Immobilien GmbH, Herr Thomas Lietmann (06241 50036625 oder 0176 62213218).

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. November 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 15. März 2018

- 1 K 89/16 - Das Amtsgericht

1391.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 6. Juni 2018, 14.00 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Kusel lfd. Nr. 1 Gemarkung Kusel Flur/Flurstück 577/16, Verkehrsfläche, Industriestraße, 1567 m², Blatt 1717; lfd. Nr. 2 Gemarkung Kusel Flur/Flurstück 577/21, Verkehrsfläche, Industriestraße, 27 m², Blatt 1717; lfd. Nr. 3 Gemarkung Kusel Flur/Flurstück 577/15, Gebäude- und Freifläche, Industriestraße 19 - 21, 18.250 m², Blatt 1717; Gemarkung Kusel Flur/Flurstück 577/60, Straße B 240, 150 m², Blatt 1717; lfd. Nr. 4 Gemarkung Kusel Flur/Flur-

stück 3118/3, Gebäude- und Freifläche, Glanstraße, 6 m², Blatt 1717. lfd. Nr. 1, 2, 3, 4 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gebäudeart: zwei eingeschossige Hallen mit Metzgereivorbereitungsräumen, Büro- und Sozialräumen, unterteilt durch Brandwände, zweigeschossig im Metzgereibereich; Baujahr: 1973 (gem. Bauakte); Modernisierung: die technische Gebäudeausstattung stammt aus der Zeit des Baujahres, für den Weiterbetrieb sind Modernisierungsinvestitionen absehbar; Energieausweis liegt nicht vor; Außenansicht: Fassade überwiegend aus Metallelementen, gestrichen, Zustand dem Alter entsprechend; der Gesamtverkehrswert beträgt: 1.990.000,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. November 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 8. März 2018

- 1 K 58/17 - Das Amtsgericht

1392.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 13. Juni 2018, 10.00 Uhr**, Raum III, Sitzungssaal, Amtsgericht Linz am Rhein, Am Konvikt 10, 53545 Linz am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Vettelschoß lfd. Nr. 1 Gemarkung Vettelschoß Flur 10 Flurstück Nr. 48/21, Verkehrsfläche, Michael-Straße, 15 m², Blatt 2936 BV 3; lfd. Nr. 2 Gemarkung Vettelschoß Flur 10 Flurstück Nr. 48/23, Gebäude- und Freifläche, Michaelstraße 68, 715 m², Blatt 2936 BV 7. lfd. Nr. 1 Unbebautes Grundstück. Verkehrswert: 1000,- EUR. lfd. Nr. 2 Wohn- und Geschäftshaus mit Laden im Untergeschoss, sowie jeweils eine Wohnung im Ober- und Dachgeschoss. Verkehrswert: 235.000, EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. Dezember 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Linz, den 13. März 2018

- 6 K 44/16 - Das Amtsgericht

1393.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 30. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum III, Sitzungssaal, Amtsgericht Linz am Rhein, Am Konvikt 10, 53545 Linz am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Leutesdorf Gemarkung Leutesdorf Flur 16 Flurstück Nr. 524, Gebäude- und Freifläche, Kleine Fahrgasse 1, 130 m², Blatt 4153 BV 1. Es handelt sich um ein leerstehendes Wohngebäude im Hochwassergebiet. Verkehrswert: 8500,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 13. März 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Linz, den 13. März 2018

- 6 K 14/17 - Das Amtsgericht

1394.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 17. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10,

67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Dannstadt lfd. Nr. 1 Gemarkung Dannstadt Flur/Flurstück 2759/3, Gebäude- und Freifläche, Falkenhof, 23.170 m², Blatt 2569 BV 19; lfd. Nr. 2 Dannstadt Flur/Flurstück Nr. 2759/4, Gebäude- und Freifläche, Falkenhof, 3023 m², Blatt 2569 BV 20. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Aussiedlerhof: landwirtschaftliche Produktions- und Lagerhalle (ehemaliger Hennenstall), freistehendes Einfamilienhaus mit Garagen und Terrasse, offener Holzschuppen, Bj. ca. 1975, Wiese; Verkehrswert: 350.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): freistehendes Einfamilienwohnhaus mit Doppelgarage, Bj. ca. 1977; Verkehrswert: 170.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Frau Konik, Tel.Nr. 0711 127-43940, AZ 7762H/09230/160817tk.

Der Versteigerungsvermerk ist am 13. September 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 8. März 2018

- 3 K 68/16 - Das Amtsgericht

1395.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 24. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Maxdorf Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 2 ME-Anteil: 1/2, Sondereigentums-Art: Wohnräume, SE-Nr. 100, Blatt 3371 BV 1; lfd. Nr. 3 ME-Anteil: 1/2, Sondereigentums-Art: Wohnräume, SE-Nr. 200, Blatt 3370 BV 1; an Grundstück Gemarkung Maxdorf Flur/Flurstück 382, Gebäude- und Freifläche, Westring 6, 380 m². Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus als Anbau an das straßenseitige Bestandshaus, OG des Vorderhauses und Zwischenbau, 147 qm Wohnfläche, ca. 14 qm Hobbyraumnutzung im DG, außenliegender Kamin, Dachspitz, Garage, Bj. 1991, faktische Alleinnutzung des Gartens, Swimmingpool, kleiner Terrassen-Whirlpool; Verkehrswert: 338.000,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 3 ZKB im EG des Vorderhauses, ca. 66 qm Wohnfläche, 3 Kellerräume, Zugang zum Keller im abgetrennten Innenhofbereich, Bj. ca. 1930, umfassend saniert; Verkehrswert: 91.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr Rühm, Tel.Nr. 0621 5992-234.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. Februar 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 13. März 2018

- 3 K 12/17 - Das Amtsgericht

1396.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 26. Juni 2018, 14.30 Uhr**, Raum 16, Sitzungssaal, Amtsgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, 55116 Mainz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Oppenheim Gemarkung Oppenheim Flur 1 Flurstück Nr. 214, Gebäude- und Freifläche, Mainzer Straße 81, 223 m², Blatt 3648 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnhaus mit Anbau und Hinterhaus. Das Wohnhaus wird im EG teilweise gewerblich genutzt (Friseursalon). Insgesamt ca. 211 m² Wohn- und Gewerbefläche. Das Objekt ist renovierungsbedürftig. Es befindet sich in direkter Nachbarschaft zum historischen Bauwerk „Uhrturm“. Unterhalb der Gebäude befinden sich Teile der historischen Kelleranlagen Oppenheims; Verkehrswert: 144.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Juni 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 13. Februar 2018

- 260 K 38/17 - Das Amtsgericht

1397.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 18. April 2018, 15.00 Uhr**, Raum 112, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Herresbach Gemarkung Herresbach Flur 17 Flurstück Nr. 31, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 25, 360 m², Blatt 933 BV 1. Das Grundstück ist bebaut mit einer Gaststätte und zwei Reihengaragen, zweigeschossig, teilunterkellert, ausgebauten Dachgeschoss, Wohnfläche: Gaststätte incl. Fremdenzimmer = 259 qm, Wohnung = 119 qm. Baujahr: ca. 1929 bzw. 1949, An- und Umbauten in den Jahren 1993 - 1995. Verkehrswert: 139.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Frau Gelling.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. August 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 9. Januar 2018

- 2 K 35/14 - Das Amtsgericht

1398.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 13. Juni 2018, 11.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Sankt Johann (Eifel) lfd. Nr. 1 Gemarkung Sankt Johann (Eifel) Flur 7 Flurstück Nr. 154, Landwirtschaftsfläche, Unter der Rötze, 610 m², Blatt 953 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Sankt Johann (Eifel) Flur 7 Flurstück Nr. 177, Waldfläche, Im Rädchen, 5647 m², Blatt 953 BV 2. Zusatz zu lfd. Nr. 1: - in Erbengemeinschaft - Zusatz zu lfd. Nr. 2: - in Erbengemeinschaft -. Lfd. Nr. 1 Verkehrswert: 250,- EUR. Lfd. Nr. 2 Verkehrswert: 6470,- EUR. Der jeweilige Einzel-Verkehrswert wurde wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 1 Objekt: BV 1 Flur 7 Nr. 154, Gehölz, verbuscht, schwer zugänglich, Verkehrswert: 250,- EUR; lfd. Nr. 2 Objekt: BV 2 Flur 7 Nr. 177, unbewirtschaftete Waldfläche, Verkehrswert: 6470,- EUR. Der Gesamt-Verkehrswert des vorgenannten Grundbesitzes beträgt: 6720,- EUR. Es handelt sich lt. Gutachten um unbebaute Flächen der Land- und Forstwirtschaft im Außenbereich des § 35 BauGB. Zur weiteren detaillierten Objektbeschreibung wird auf den Gesamteinhalt des Gutachtens verwiesen.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Oktober 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 27. Februar 2018

- 2 K 37/16 - Das Amtsgericht

1399.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 13. Juni 2018, 12.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Nitztal Gemarkung Nitztal Flur 15 Flurstück Nr. 1, Grünland, In der Rosenhöll, 17.309 m², Blatt 102 BV 7. Zusatz: - in Erbengemeinschaft -. Verkehrswert: 10.145,- EUR. Es handelt sich lt. Gutachten um ein unbebautes Grundstück der Land- und Forstwirtschaft im Außenbereich. Das Grundstück ist lt. Aktenstand verpachtet. Zur weiteren detaillierten Objektbeschreibung wird auf den Gesamteinhalt des Gutachtens verwiesen.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Oktober 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 27. Februar 2018

- 2 K 38/16 - Das Amtsgericht

1400.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 13. Juni 2018, 13.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Volkesfeld Gemarkung Volkesfeld Flur 1 Flurstück Nr. 53, Grünland, In der Riedenerwies, 1301 m², Blatt 647 BV 1. Zusatz: - in Erbengemeinschaft -. Verkehrswert: 910,- EUR. Es handelt sich lt. Gutachten um ein unbebautes Grundstück der Land- und Forstwirtschaft, welches als Grünland genutzt wird. Das Grundstück ist lt. Aktenstand nicht verpachtet. Zur weiteren detaillierten Objektbeschreibung wird auf den Gesamteinhalt des Gutachtens verwiesen.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Oktober 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 27. Februar 2018

- 2 K 39/16 - Das Amtsgericht

1401.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 13. Juni 2018, 14.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Waldesch (Eifel) lfd. Nr. 1 Gemarkung Waldesch (Eifel) Flur 1 Flurstück Nr. 79, Waldfläche, In dem Wickentälchen, 2048 m², Blatt 934 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Waldesch (Eifel) Flur 1 Flurstück Nr. 94, Waldfläche, Am Vogtwinkel, 7361 m², Blatt 934 BV 3; lfd. Nr. 3 Gemarkung Waldesch (Eifel) Flur 3 Flurstück Nr. 34, Landwirtschaftsfläche, Auf der First, 9936 m², Blatt 934 BV 4. Zusatz zu lfd. Nr. 1: - in Erbengemeinschaft -. Zusatz zu lfd. Nr. 2: - in Erbengemeinschaft -. Zusatz zu lfd. Nr. 3: - in Erbengemeinschaft -. Lfd. Nr. 1 Verkehrswert: 2200,- EUR. Lfd. Nr. 2 Verkehrswert:

7320,- EUR. Lfd. Nr. 3 Verkehrswert: 5960,- EUR. Der jeweilige Einzel-Verkehrswert wird wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 1 Objekt: BV 1 Flur 1 Nr. 79, Nadelwald, Verkehrswert: 2200,- EUR, lfd. Nr. 2 Objekt: BV 3 Flur 1 Nr. 94, Laubwald, Verkehrswert: 7320,- EUR, lfd. Nr. 3 Objekt: BV 4 Flur 3 Nr. 34, Grünland, z.Zt. verpachtet, Verkehrswert: 5960,- EUR. Der Gesamt-Verkehrswert des vorgenannten Grundbesitzes beträgt: 15.480,- EUR. Es handelt sich lt. Gutachten um unbebaute Flächen der Land- und Forstwirtschaft im Außenbereich des § 35 BauGB. Zur weiteren detaillierten Objektbeschreibung wird auf den Gesamteintrag des Gutachtens verwiesen.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Oktober 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 28. Februar 2018

- 2 K 40/16 - Das Amtsgericht

1402.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der Grundbesitz eingetragen im Grundbuch von Heiligenroth Blatt 1852 der Gemarkung Heiligenroth: Lfd.Nr. 1 Flur 48 Flurst. 170/2, Gebäude- und Freifläche, Moselstraße 7, Größe in m²: 674 (laut Gutachten bebaut mit einem eigengenutzten, unterkellerten Wohnhaus mit 2 Garagen, Wfl. rd. 159 qm, Bj. 1967, Ölheizung; es wird dringend empfohlen das Gutachten einzusehen), **am Dienstag, dem 12. Juni 2018, um 9.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Montabaur, Bahnhofstraße 47, Saal 106, 1. Stock, versteigert werden.

Verkehrswerte: 90.000,- EUR je 1/2-Anteil mithin insgesamt 180.000,- EUR. In diesem Termin darf der Zuschlag weder aus den Gründen des § 74 a Abs. 1 noch aus denen des § 85 a Abs. 1 ZVG versagt werden (§ 74 a Abs. 4 ZVG).

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Weitere Informationen (Gutachten, Fotos etc.) ca. 4 Wochen vor dem o.a. Termin unter www.versteigerungspool.de bzw. bei der betr. Gläubigerin, Tel. 0228920 33525; Az.: 6482291007.

Montabaur, den 13. März 2018

- 14 K 39/17 - Das Amtsgericht

1403.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 5. Juni 2018, 9.15 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hilst Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 60/100, Sondereigentums-Art: Sondereigentum an der Wohnung im Obergeschoss im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 2. Sondernutzungsrechte sind bestellt. Für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blätter 659 bis 660). Der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Sondernutzungsrecht: Sondernutzungsrechte sind bestellt, Blatt 660 BV 1; an Grundstück Gemarkung Hilst Flur/Flurstück 861, Gebäude- und Freifläche, - Wohnen - Dellbrunner Straße 12, 2100 m². Zusatz: Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung der anderen Wohnungseigentümer; Ausnahme: Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung, durch Insolvenzverwalter oder an Ehegatten oder Verwandte in

gerader Linie. Wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 27. März 1985 und 7. Januar 1986, eingetragen am 20. Januar 1986. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Eigentumswohnung in ca. 1985 errichtetem Zweifamilienhaus; ca. 96 m² Wohn-/Nutzfläche im OG, weiter ca. 58 m² Fläche im Dachgeschoss - dieses ist laut Teilungsplan nicht für Wohnräume vorgesehen! Sondernutzungsrecht an Werkstatt. Aufwand für Beseitigung Schimmelbefall in Sondereigentum ca. 2500,- EUR, ca. 12.600,- EUR anteiliger Aufwand für Reparaturstau an Gesamteigentum. Verkehrswert: 88.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. Februar 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 13. März 2018

- 2 K 13/17 - Das Amtsgericht

1404.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 8. Mai 2018, 10.15 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Waldfischbach Gemarkung Waldfischbach Flur/Flurstück 2231/91, Hof- und Gebäudefläche, Am Hang 73, 333 m², Blatt 1349 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): ca. 1958 errichtetes, eingeschossiges und unterkellertes Einfamilienhaus in Form einer Doppelhaushälfte, Wohnhausanbau ca. 1969 errichtet; ca. 100 m² Wohnfläche; Dachraum überwiegend ausgebaut. Angebaute Garage. Ca. 15.000,- EUR Investitionsaufwand (Einbau Heizungsanlage usw.); Verkehrswert: 80.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. Juni 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 12. März 2018

- 2 K 25/17 (2) - Das Amtsgericht

1405.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 5. Juni 2018, 10.10 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Pirmasens Gemarkung Pirmasens Flur/Flurstück 5059/8, Gebäude- und Freifläche, Haydnstraße 2, 331 m², Blatt 17803 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): zweigeschossiges und unterkellertes Einfamilienhaus als Reihenhäuser; ca. 1957 errichtet und ca. 1994 modernisiert, ca. 2007 errichtete Photovoltaik-Anlage; guter baulicher Zustand; derzeit mietfreie Überlassung des Objekts an dritte Person. Verkehrswert: 111.000,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr Udhardt, Tel.: 06331 5421220.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 13. März 2018

- 2 K 57/17 - Das Amtsgericht

1406.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Albisheim (Pfrimm) Blatt 907 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Montag, dem 18. Juni 2018, um 13.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle, Kreuz-

nacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Sitzungssaal 1 versteigert werden.

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 5 Gemarkung Albisheim (Pfrimm) Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 90, zu 954 m², Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 1 ZVG: Grundstück: 148.000,- EUR; Hälftanteile jeweils: 74.000,- EUR. Lt. vorliegendem Verkehrswertgutachten ist das Grundstück mit einem freistehenden, zweigeschossigen, teilunterkellerten Einfamilienwohnhaus unbekannten Baujahres (1973 aufgestockt; ca. 2009 - 2014 modernisiert) nebst Anbau (ehemals Stallgebäude) sowie einer Doppelgarage mit einer Wohnfläche von ca. 117 m² bebaut.

Beschlagnahme: 16. August 2016.

Nähere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Rockenhausen, den 5. März 2018

- 1 K 86/16 - Das Amtsgericht

1407.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 17. August 2018, 10.00 Uhr**, Raum 118, Sitzungssaal, Amtsgericht St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bornich Gemarkung Bornich Flur 18 Flurstück Nr. 1334/2, Gebäude- und Freifläche, Am Markt 2, 426 m², Blatt 1545 BV 5. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist mit einem Wohnhaus und Garage bebaut. Das Gebäude ist teilunterkellert. Es besteht Unterhaltungstau; Verkehrswert: 55.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt, mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. November 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 8. März 2018

- 1 K 26/15 - Das Amtsgericht

1408.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 15. Juni 2018, 10.00 Uhr**, Raum 118, Sitzungssaal, Amtsgericht St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Lierschied Gemarkung Lierschied Flur 12 Flurstück Nr. 105, Gebäude- und Freifläche, Auf der Burg 4, 588 m², Blatt 813 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist bebaut mit einem 1-geschossigen, unterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss. Baujahr 2003 - 2004; Wohnfläche ca. 153 qm; Verkehrswert: 143.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Mai 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 5. März 2018

- 1 K 19/17 - Das Amtsgericht

1409.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 21. Juni 2018, 10.30 Uhr**, Raum 56, Sitzungssaal, Amtsgericht Trier, Justizstraße 2, 4, 6, 54290 Trier, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Igel lfd. Nr. 1 Gemarkung Igel Flur 12 Flurstück Nr. 5, Erholungsfläche, Trierer Straße, 288 m², Blatt 2353 BV 2; lfd. Nr. 2 Gemarkung Igel Flur 12 Flur-

stück Nr. 6/6, Gebäude- und Freifläche, Trierer Straße 24, 438 m², Blatt 2353 BV 3 (Einfamilienhaus nebst ehem. Scheune/Stall; 121,14 qm Wfl.; 726 qm Grdst.). Lfd. Nr. 1 Verkehrswert: 36.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Verkehrswert: 102.700,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Mai 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 16. März 2018

- 23 K 47/17 -

Das Amtsgericht

1410.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 6. Juni 2018, 9.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Limbach (Westerwald) Gemarkung Limbach (Westerwald) Flur 21 Flurstück Nr. 25, Gebäude- und Freifläche, Bornstube 3, 396 m², Blatt 791 BV Nr. 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist mit einem freistehenden, teilunterkellerten Zweifamilienhaus mit Doppelgarage bebaut; Verkehrswert: 83.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr D. Pfeffer, 0611 9884335.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Mai 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 14. März 2018

- 11 K 44/13 -

Das Amtsgericht

1411.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 16. Mai 2018, 10.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Neunkirchen (Westerwald) Gemarkung Neunkirchen (Westerwald) Flur 27 Flurstück Nr. 21, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 45, 898 m², Blatt 736 BV Nr. 1. Objektbeschreibung: Das Grundstück ist mit einem freistehenden, unterkellerten Zweifamilienhaus mit Doppelgarage bebaut. Verkehrswert: 98.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Peter Preuss Tel. 06431 202-71421.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. Mai 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 12. März 2018

- 13 K 45/17 -

Das Amtsgericht

1412.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 6. Juni 2018, 10.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Neunkirchen (Westerwald) lfd. Nr. 1 Gemarkung Neunkirchen (Westerwald) Flur 31 Flurstück Nr. 4/3, Landwirtschaftsfläche, Heimsgasse 40, 509 m², Blatt 928 BV Nr. 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Neunkirchen (Westerwald) Flur 31 Flurstück Nr. 4/4, Gebäude- und Freifläche, Heimsgasse 7,

2123 m², Blatt 928 BV Nr. 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Neunkirchen (Westerwald) Flur 31 Flurstück Nr. 12, Gebäude- und Freifläche, Verkehrsfläche, Heimsgasse 7, 809 m², Blatt 928 BV Nr. 3. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung: Das Grundstück ist teilweise bebaut mit einem ruinösen Betonfundament; Verkehrswert: 5000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung: Das Grundstück ist bebaut mit einem ehemals gastronomisch genutzten Objekt (mit wirtschaftlich und technisch irreparablen Schäden und einem erheblichen Modernisierungsbedarf); Verkehrswert: 1,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung: Das Grundstück ist teilweise bebaut mit einem älteren Garagengebäude; Verkehrswert: 13.500,- EUR. Die Grundstücke lfd. Nr. 1, 2 und 3 grenzen aneinander.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 15. März 2018

- 13 K 68/17 -

Das Amtsgericht

1413.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 4. Juli 2018, 9.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hüblingen lfd. Nr. 1 Gemarkung Hüblingen Flur 21 Flurstück Nr. 23/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 12, 387 m², Blatt 765 BV Nr. 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Hüblingen Flur 21 Flurstück Nr. 247/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 12, 34 m², Blatt 765 BV Nr. 2. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung: Das Grundstück ist mit einem zweigeschossigen, einseitig angebauten Wohnhaus bebaut; Verkehrswert: 66.500,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Unbebautes Grundstück; unmittelbar an Grundstück BV 1 Nr. angrenzend; Verkehrswert: 500,- EUR; Summe: 67.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Helga Krause Tel. 0221 148-38844; Herr Bornack Tel. 0341 124-1036.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 16. März 2018

- 13 K 74/17 -

Das Amtsgericht

1414.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 25. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Wittlich, Kurfürstenstraße 63, 54516 Wittlich, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Altrich Gemarkung Altrich Flur 6 Flurstück Nr. 19, Hof- und Gebäudefläche, Büscheid, 1188 m², Blatt 1624 BV 3. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienwohnhaus, Büscheid 30, 54518 Altrich; Verkehrswert: 115.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. November 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Wittlich, den 12. März 2018

- 12a K 30/16 -

Das Amtsgericht

1415.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Bechthelm Blatt 2317 eingetragenen, nachstehend bezeichneten Grundstücke **am Mittwoch, dem 16. Mai 2018, 14.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Worms, Hardtgasse Nr. 6, Zimmer Nr. 320, 3. Stock, versteigert werden.

Lfd. Nr. 6 Gemarkung Rheindürkheim Flur 3 Nr. 60/3, Ackerland, Stierplatz, 8751 qm; lfd. Nr. 41 Gemarkung Rheindürkheim Flur 3 Nr. 60/7, Ackerland, Stierplatz, 4952 qm; lfd. Nr. 42 Gemarkung Rheindürkheim Flur 3 Nr. 60/9, Ackerland, Stierplatz, 12.059 qm. Die Verkehrswerte der Grundstücke wurden gemäß § 74 a V ZVG wie folgt festgesetzt: für lfd. Nr. 6 auf 43.800,- EUR, für lfd. Nr. 41 auf 24.800,- EUR, und für lfd. Nr. 42 auf 60.300,- EUR. Laut dem zugrundeliegenden Sachverständigengutachten wurden die verpachteten, nebeneinanderliegenden, landwirtschaftlich genutzten Grundstücke mit ca. 5,- EUR / qm bewertet.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. August 2007 in das Grundbuch eingetragen worden.

Worms, den 16. März 2018

- 16 K 35/2007 -

Das Amtsgericht

1416.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 25. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum 318, Sitzungssaal, Amtsgericht Worms, Hardtgasse 6, 67547 Worms, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Worms Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 56,237/1000, Sondereigentums-Art an der Wohnung im 2. Obergeschoss und Keller-raum (Haus Wollstraße 39) im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 12, Sondernutzungsrecht: Einräumung an Pkw-Stellplätzen, Pkw-Doppelparkern und 2 Einzelgaragen vorbehalten, Blatt 16309; an Grundstück Gemarkung Worms Flur 1 Flurstück Nr. 351/7, Gebäude- und Freifläche, Wollstraße 37, 39, 775 m². Zusatz: BV-Nr. 2 zu 1 Grunddienstbarkeit (Fensterrecht und Mitbenutzung der Brandmauer) zu Lasten des Grundstücks Flur 1 Nr. 351/5 (Bl. 11313) und Wohnungseigentum zu Grundstück Flur 1 Nr. 351/7 (Bl. 16298 bis Bl. 16315 - bezüglich Fläche zu altem Grundstück Flur 1 Nr. 351/4 - zu 507 qm). Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 43.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Juli 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zur Zuschlagserteilung ist die Zustimmung des Wohnungseigentumsverwalters erforderlich.

Worms, den 14. März 2018

- 15 K 24/13 -

Das Amtsgericht

1417.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 9. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum 320, Sitzungssaal, Amtsgericht Worms, Hardtgasse 6, 67547 Worms, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Worms Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 41,775/1000, Sondereigentums-Art an der Wohnung im 2. Obergeschoss und Keller-raum (Haus Wollstraße 39) im Aufteilungsplan Nr. 14, Sondernutzungsrecht: Einräumung an Pkw-Stellplätzen, Pkw-Doppelparkern und 2 Einzelgaragen vorbehalten, Blatt 16311; an Grundstück, Zusatz: BV-Nr. 2 zu 1 Grunddienstbarkeit (Fensterrecht und Mitbenutzung der Brandmauer) zu Lasten des

Grundstücks Flur 1 Nr. 351/5 (Bl. 11313) und Wohnungseigentum zu Grundstück Flur 1 Nr. 351/7 (Bl. 16298 bis 16315 – bezüglich Fläche zu altem Grundstück Flur 1 Nr. 351/4 – zu 507 qm). Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung Nr. 14 im 2. OG in der Wollstraße 37, Worms; Verkehrswert: 35.000,- EUR.

Weitere Informationen unter hanmark.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. September 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zur Zuschlagserteilung ist die Zustimmung des Wohnungseigentumsverwalters erforderlich.

Worms, den 14. März 2018

- 15 K 25/13 -

Das Amtsgericht

1418.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 23. Mai 2018, 14.00 Uhr**, Raum Sitzungssaal 3, Amtsgericht Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Saalstadt lfd. Nr. 1 Gemarkung Saalstadt Flur/Flurstück 3481, Laubwald, Born, 1530 m², Blatt 423 BV 2; lfd. Nr. 2 Gemarkung Saalstadt Flur/Flurstück 28/1, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 26, 574 m², Blatt 423 BV 3. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebautes Grundstück, bestehend aus Forstwirtschaftsflächen; Verkehrswert: 765,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachver-

ständigen): Grundstück, bebaut mit einem freistehenden Zweifamilienhaus (Massivbauweise), bestehend aus Keller-, Erd- und ausgebautem Dachgeschoss, unterkellert, Bj. ca. 1902; Ölzentralheizung Einbau 1993; 1 Kaminofen im WZ EG; Energieausweis liegt nicht vor; Unterhaltungs- und Modernisierungsbedarf erkennbar; Verkehrswert: 98.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 30. Oktober 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.immobilienspool.de zu finden.

Zweibrücken, den 13. März 2018

- K 33/15 -

Das Amtsgericht

Staatsanzeiger

für das Land Rheinland-Pfalz

G 6436

Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Postfach 3880, 55028 Mainz
